

CC 1. X. 1777. 100.

JOG-ÉS ÁLLAMTUD. MUSEUM  
Szent István könyvtár  
Lezárt: 10983.

# Die ungarische Regierung

und die

# Entstehung des Weltkrieges



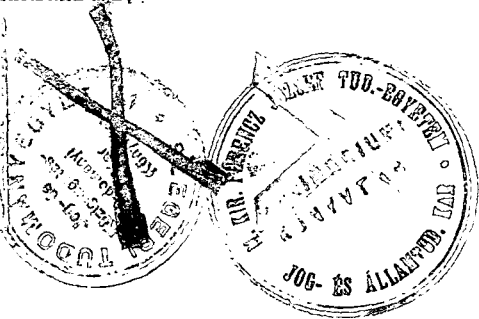
Auf Grund aktenmäßiger Forschung

dargestellt von

**Dr. Wilhelm Fraknoi**

Titularbischof, inf. Abt., Generalinspektor der ungarischen Museen  
und Bibliotheken a. D.

EGYEDI TUDOMÁNYOS MUSEUM  
16. Kossuth téren Budapest  
elt. napló: VI. sz.: 14983.  
csoport: szám.

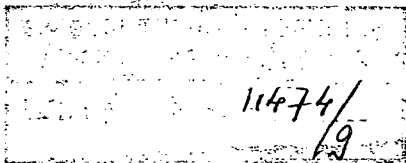


SZEGEDI TUDOMÁNYEGYETEM  
Állam-és jogtudományi Intézet  
sz.: 32 308/9

Wien 1919

Verlag von L. W. Seidel

Druck: Christoph Reissner's Söhne, Wien V.



## Vorrede.

Angeregt durch das erst vor zwei Wochen in die Öffentlichkeit gelangte wertvolle Buch des Dr. Roderich G o o s s („Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“) fühlte ich mich veranlaßt, die Stellung, die das Budapester Kabinett dem Wiener gegenüber einnahm, da ihre Stellungnahme vor und nach Kriegsausbruch zeitweise verschieden war, eingehend zu erörtern. Zu diesem Behufe unterzog ich das von Doktor G o o s s bearbeitete reiche Material einer selbständigen Kritik und trachtete es zu ergänzen. Das letztere gelang mir, dank der freundlichen Zuvorkommenheit des Leiters des ehemaligen geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchivs Dr. B i t t n e r, der mir die von weiland Seiner Majestät Franz Josef dem Kabinettsdirektor zur Verwahrung übergebenen „streng geheimen“ Akten zur Verfügung stellte.

Ich brauche nicht zu sagen, daß ich die dem Geschichtschreiber gebotene Objektivität, obwohl diese in der Behandlung zeitgenössischer Ereignisse eine ungewöhnliche Kraftprobe bestehen muß, zu bewahren bestrebt gewesen bin.

Ich legte Gewicht darauf, daß diese Arbeit in demselben Verlage wie das Buch des Dr. G o o s s erscheine,

da ich diese als Ergänzung seines Buches zu betrachten wünsche. Ich bin der Verlagsbuchhandlung Dank schuldig, daß sie meinen Wunsch erfüllte, obwohl ich selbstverständlich gezwungen war, um ein vollständiges und klares Bild zu entwerfen, manches, was schon im Buche des Dr. G o o s s enthalten ist, zu wiederholen.

Wien, 5. Oktober 1919.

*Dr. Wilhelm Fraknói.*

## I.

Die Aspirationen und Bestrebungen der aus jahrhundertlangem Schlafe, mit dem Vollbewußtsein ihrer Kräfte und Rechte verjüngt erwachten Balkanvölker berührten am nächsten das alte Ungarn. Sie bedrohten den Bestand des tausendjährigen ungarischen Staates, auf dessen Nebenländer und weite Gebiete sie Anspruch erhoben.

Die ungarischen Staatsmänner, inmitten einer solchen gefährlichen Situation, konnten an Gebiets-erwerbungen gar nicht denken. Sie mußten ihr Streben auf die Erhaltung des Status quo beschränken und mit den neuen Staaten freundschaftliche Beziehungen pflegen. Dieses Ziel schwebte auch den drei bedeutendsten Staatsmännern des modernen Ungarn vor Augen: K o s s u t h, D e á k und A n d r á s s y, die als charakteristische Repräsentanten der magyarischen Politik gelten.

K o s s u t h suchte, nachdem seine heroischen Anstrengungen, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit seines Vaterlandes mit Waffengewalt zu erkämpfen, erfolglos blieben, das Bündnis von Serbien, der Walachei und Moldau; auch plante er die Errichtung einer Donaukonföderation, in die Ungarn mit den Ländern des östlichen Europa eintreten sollte.

D e á k war es, der im Jahre 1867 den Südslawen Ungarns das „unbeschriebene weiße Blatt“ reichte,

damit sie die Bedingungen ihres nationalen Lebens selbst bestimmen.

Als **Andrássy** im Jahre 1871 die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Österreich-Ungarns übernahm, verkündete er, daß die Monarchie keine Eroberungen anstrebe, da die Vorteile, die ein noch so glücklicher Krieg verschaffen könnte, diejenigen nicht aufwiegen würden, welche die fortschreitende ungestörte Prosperität einzutragen vermag. Er bestimmte seinen Monarchen zur Teilnahme an der Zusammenkunft der beiden Kaiser Deutschlands und Rußlands in Berlin, wo das Übereinkommen zu stande kam: im Orient den Status quo weiterhin zu erhalten, aber im Falle einer Erhebung der christlichen Völker Neutralität zu beobachten. Im Jahre 1875 vereitelte er den Plan der österreichischen Militärpartei, Bosnien mittels überraschenden Einmarsches in Besitz zu nehmen. Um in dieser Richtung die Empfindlichkeit der südslawischen Völker zu schonen, begnügte er sich auf dem Berliner Kongreß mit dem Erfolge, der seinem Monarchen die bescheidene, man dürfte sagen, demütigende Rolle eines Statthalters des Sultans zugesprochen hatte. Rumänien aber verpflichtete er zu Dank, indem er der erste war, der mit diesem Staate einen Handelsvertrag abschloß.

In seine Fußstapfen trat Graf **Stephan Tisza**, der, als ungarischer Ministerpräsident, ihm sowohl in Bezug auf großzügige, weite Horizonte überblickende Konzeptionen, wie auch an parlamentarischer Gewandtheit und zäher Energie ebenbürtig gewesen ist.

Es muß im vorhinein erwähnt werden, daß im Jahre 1867 Ungarn und die im österreichischen Reichsrate vertretenen Länder (Zisleithanien), wie zwei selbständige Staaten einen „Ausgleich“ zu stande brachten, dessen Bedingungen von beiden Parlamenten in Gesetzesform verfaßt, die Sanktion des gemeinsamen

Monarchen erhielten. In diesen Gesetzen wurde die gemeinsame Verwaltung der auswärtigen (diplomatischen) Angelegenheiten durch einen gemeinsamen Minister des Äußern verfügt, dieser aber verpflichtet, seine Agenden im Einvernehmen mit den beiden Ministerien zu erledigen.

Tisza nahm den dem ungarischen Ministerpräsidenten gebührenden Einfluß auf die auswärtige Politik im vollen Umfange in Anspruch, und verwertete ihn im Dienste der Erhaltung des europäischen Friedens. Einen klassischen Beweis dafür erbringt die Denkschrift, die er wenige Monate vor dem Weltkriege über „die auswärtige Lage“ dem Monarchen vorlegte, um nach den Balkankriegen und dem Bukarester Frieden eine neue Orientierung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik zu inaugurierten.

„Die großen Ereignisse des Vorjahres — schreibt er — haben an unserer Ost- und Südgrenze eine Situation geschaffen, welche Besonnenheit, kaltes Blut und ruhiges, aber konsequentes und zähes Vorgehen von unserer Seite erheischt. Der Bukarester Frieden hat einen ganz unbefriedigenden Zustand geschaffen, ohne dessen Berichtigung kein wirklicher, dauernder Friede möglich ist. Andererseits aber ist die allgemeine Erschöpfung sowie die störende Nachwirkung der Ereignisse in den Geistern und Gemütern zu groß, um irgendwelche erspriessliche Aktion für die unmittelbare Zukunft zu erlauben.

Gegensätze und Leidenschaften verlegen den Weg der sachlich richtigen Beurteilung eigener und fremder Interessen. Die Selbstüberhebung des Siegers trübt das richtige Urteil ebensosehr, wie die Erbitterung des Besiegten. Speziell unsere Monarchie kann auf eine richtige Einschätzung ihres Wertes und auf eine entsprechende Würdigung ihrer Interessen und ihres Rates

seitens der Balkanstaaten so lange nicht rechnen, bis der Rausch nicht vergangen und die kühle Vernunft nicht Oberhand gewonnen hat. Es wäre ein arger Fehler die Sache überstürzen und eine Entwicklung vorzeitig erzwingen zu wollen, welche nur das Ergebnis der Zeit und die Folge unserer selbstbewußten, aber ruhigen Haltung und geduldigen aber zielbewußten Politik sein kann.

Er will nicht einer Politik der apathischen Resignation oder des passiven Abwartens das Wort reden. Im Gegenteil. Man muß die Ziele klar ausstecken, unentwegt auf dieselben lossteuern, den Erfolg ruhig und sorgfältig vorbereiten. Wir brauchen eine weit vorausblickende *Politique de longue main*, welche die Gegensätze ebnet, die Hindernisse aus dem Wege schafft und eine uns genehme Gruppierung der Kräfte in Südosteuropa zuwege bringt.

Zu diesem Zwecke müssen wir aber nicht nur mit unseren eigenen Absichten, sondern auch mit Deutschland ins reine kommen. Unsere Aufgabe ist an und für sich schwierig; von einem Erfolg kann keine Rede sein, wenn wir nicht die volle Gewähr haben, von Deutschland verstanden, gewürdigt und unterstützt zu werden. Deutschland muß einsehen, daß der Balkan nicht nur für uns, sondern auch für das Deutsche Reich von entscheidender Wichtigkeit ist.

Die Haltung Rußlands ist wahrlich darnach angetan, jeden diesbezüglichen Zweifel zu zerstören. Das jetzige Säbelrasseln dürfte keine momentanen kriegerischen Absichten zur Ursache haben; aber diese aggressive Stellungnahme des russischen Reiches ist geeignet, seine Kriegslust und Kriegsbereitschaft vor den Balkanvölkern zu bezeugen. In dieser Hinsicht kommt der russischen Politik der rumänische und serbische Größenwahn geradesogut zur Hilfe, wie die gefährdete Stellung Bulgariens.



Unzweifelhaft — fährt T i s z a fort — hat sich dieser Staat durch die eigene wahnsinnige Politik und durch das Nichtbefolgen unserer Ratschläge in diese verzweifelte Lage gebracht. Nichtsdestoweniger steht es fest, daß es von den Klammern der rumänischen, serbischen und griechischen Entente umfaßt und von der türkischen Regierung beunruhigt, sich in die Arme Rußlands werfen muß, wenn wir nicht in die Lage kommen, ihm sicheren Rückhalt zu geben. Eine Kombination, welche Bulgarien mit den übrigen christlichen Staaten unter russischer Patronanz versöhnt, und als Folge eines gegen die Monarchie gerichteten glücklichen Eroberungskrieges, Mazedonien an Bulgarien zusichert, würde den uns umgebenden eisernen Ring, an dem Rußland so zäh und zielbewußt arbeitet, fertigschmieden, und die militärische Überlegenheit der Entente auf dem Kontinent verwirklichen. Damit wäre der langersehnte Moment gekommen, wo Rußland und Frankreich den Weltkrieg mit Aussicht auf Erfolg anfachen und Deutschland mit überlegenen Kräften angreifen könnten.

Deutschlands zwei Nachbarn werden die militärischen Vorbereitungen sorgfältig fortsetzen, den Krieg jedoch so lange nicht anfangen, bis sie nicht eine gegen uns gerichtete Gruppierung der Balkanvölker erreicht haben, welche die Monarchie einem Angriff von drei Seiten aussetzt und den größten Teil unserer Streitkräfte an unserer Ost- und Südgrenze bindet. Der Schwerpunkt der europäischen Politik liegt also — auch vom deutschen Standpunkt — auf dem Balkan, und es ist gerade-  
sogut ein deutsches, wie ein österreichisch-ungarisches Lebensinteresse, der zielbewußten und auf Frankreich gestützten russischen Balkanpolitik eine ebenso zielbewußte, harmonische deutsch-österreichische Politik entgegenzustellen.

Es wäre höchste Zeit, unsere Absichten Rumänien,

Bulgarien, der Türkei und Griechenland gegenüber mit denjenigen Deutschlands in Einklang zu bringen. Nur ein festes Zusammengehen mit Deutschland kann unsere Beziehungen zu Rumänien wieder befestigen. Für dieses Land bleibt die Eroberung Siebenbürgens immer der größte Köder, ein Groß-Rumänien bis zur Theiß der schönste Traum rumänischer Chauvinisten. Es gehört Selbstbeherrschung und starke, nüchterne Urteilskraft dazu, um diesem Phantasiegebilde zu entsagen, in einem Bündnis mit uns den jetzigen Besitzstand und die wahre Unabhängigkeit zu sichern und die Gefahr russischen Protektorats abzuwehren.

In den ersten Monaten des Vorjahres hat sich Rumänien in seinen Erwartungen getäuscht gesehen und glaubte von uns vernachlässigt und im Stiche gelassen zu sein. Plötzlich folgte dann der glänzende, nach der allgemeinen dortigen Meinung, gegen unseren Willen erfochtene Erfolg. Der Kamm wuchs ihnen groß; ihr Unwille äußerte sich keck; die russische Intrige schien freie Bahn bekommen zu haben.

Die bessere Überzeugung, daß eine gewisse Modifikation des jetzigen Zustandes zu gunsten Bulgariens für den dauernden Frieden auf dem Balkan unbedingt notwendig und für die Interessen Rumäniens ungefährlich sei, kann überhaupt nur dann Raum greifen, wenn dieselbe von unserer und der deutschen Diplomatie mit Sorgfalt vorbereitet und im gegebenen Momente mit Nachdruck vertreten wird.

Es ist dies die einzige Möglichkeit, Bulgarien dauernd in unserer Gravitationsphäre zu erhalten. Für Bulgarien ist eine Ausdehnung in Mazedonien eine Lebensfrage. Kann es dies im Bunde mit uns nicht erreichen, so wird es sich unbedingt Rußland in die Arme werfen, und die gegen uns gerichtete Eroberungspolitik unterstützen.

Der Dreibund könnte keinen verhängnisvolleren Fehler machen, als Bulgarien von sich zu stoßen. Der richtige Sinn für die eigenen Interessen sollte Deutschland bewegen, uns in einer wohldurchdachten bulgarophilen Politik zu unterstützen.

Die erste Aufgabe dieses hartgeprüften Landes wäre freilich, die Kräfte zu sammeln und die eigenen Wunden zu heilen. Es ist dies eine Arbeit mehrerer Jahre, während dessen ein jeder aggressiver Schritt frevelhafter Leichtsinns wäre. Einstweilen kann die bulgarische Diplomatie keinen anderen Zweck verfolgen, als den Frieden aufrechtzuerhalten und mit unserer und Deutschlands Hilfe bessere Beziehungen mit Rumänien einzuleiten. Diese Politik kann jedoch durch die Ereignisse in Konstantinopel gestört werden. Wir müssen daher bedacht sein, diese Gefahr von Bulgarien und vom europäischen Frieden abzuwenden; womöglich gute, intime Beziehungen zwischen Sofia und Konstantinopel auf friedlicher Basis zuwege zu bringen.

Sollte die Türkei versuchen, Bulgarien zu überumpeln und in einen Konflikt mit Griechenland mit sich zu reißen, so müßten wir eine Verständigung zwischen Athen und Sofia anbahnen und die zwei Länder in gemeinsamer Verteidigung gegen den türkischen Angriff verbinden.

Unsere Auseinandersetzung mit Deutschland müßte also in Bezug auf Bulgarien die Folge haben, daß Deutschland ein freundliches Vorgehen Bulgarien gegenüber bekundet, unsere friedlichen Ratschläge dort unterstützt, einer Kombination für die fernere Zukunft in Bukarest die Wege ebnet, laut welcher in einem gegebenen Moment, jedenfalls aber in einer relativ ferneren Zukunft, Bulgarien sich in Mazedonien entschädigen könne, ohne hierfür von Rumänien angegriffen zu werden, und schließlich in Konstantinopel

und in Athen seinen Einfluß einsetzt, um zu verhüten, daß ein eventueller türkisch-griechischer Konflikt verhängnisvolle Folgen für Bulgarien haben könne.

Dies wäre wohl der komplizierteste und heiklichste Punkt unserer vereinten Aktion mit Deutschland. Wir müssen aber diese Basis zu einer einheitlichen Aktion finden, wenn wir dem planmäßigen Vorgehen der Ententemächte gegenüber einer ganz sicheren Niederlage nicht entgehen wollen.

Wäre Deutschland nicht zu bewegen, eine Bulgarien freundliche Politik in diesen bescheidenen Bahnen mitzumachen, so wäre dies allerdings auch vom Standpunkt der deutschen Interessen ein Fehler. Wir müßten uns jedoch damit abfinden, und eine Verbindung mit Rumänien und Griechenland gegen Serbien und eventuell Bulgarien ins Auge fassen. Es wäre dann die Loslösung Rumäniens und Griechenlands von Serbien die wesentliche Aufgabe und es müßte sich Deutschland mit ganzem Nachdruck in diesem Sinne einsetzen.

Was Griechenland betrifft, so haben wir jeden Grund auch unsererseits eine freundliche Stellung diesem Lande gegenüber einzunehmen. Es fiel uns leicht, unsere Haltung in Athen in Einklang mit der Haltung Deutschlands zu bringen. Es müßte nur auf eine allmähliche Lösung der griechisch-serbischen Beziehungen mit vereinter Kraft hingearbeitet werden.

Wir müssen demnach vor allem die eigenen Kräfte sammeln und durch selbstbewußtes, ruhiges Verhalten imponieren und Vertrauen einflößen.

Am Balkan müssen wir vorerst den Frieden wahren und eine uns genehme Entwicklung vorbereiten. Die Ziele unserer Balkanpolitik müssen wir vereint mit Deutschland festsetzen und auf eine uns genehme Gruppierung der Balkanstaaten hin-

arbeiten, wobei eine Loslösung Rumäniens und Griechenlands von Serbien die erste Aufgabe bilden würde, und auf eine Versöhnung jener zwei Staaten mit Bulgarien auf Basis einer natürlichen Vergrößerung Bulgariens auf Kosten Serbiens hinzuarbeiten wäre.

Dieses Vorgehen müßte Hand in Hand mit einer Politik in Konstantinopel gehen, welche die Türken von jedem europäischen Abenteuer zurückhält, und ihnen ihren asiatischen Besitz zu sichern trachtet. Kommt es dann zu einer Konflagration, so wird die Türkei gewiß im antislawischen Lager zu finden sein.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Alle, die für die Orientierung der österreichisch-ungarischen oder der deutschen Politik mitzutragen haben, laden die schwerste Verantwortung auf uns, wenn wir ein planmäßiges, zielbewußtes, einmütiges Vorgehen nicht rechtzeitig in Angriff nehmen.<sup>(1)</sup>

Bei der Abfassung dieses Schriftstückes lag dem Verfasser gewiß jedweder Gedanke an eine imperialistische Politik ferne; das Arbeitsprogramm rechnet mit einem langen, ungestörten Frieden.

## II.

Die erschütternde Wirkung der Sarajewoer Katastrophe vermochte die Klarheit seines Urteiles nicht zu verdunkeln; er kam nicht in die Versuchung, den betretenen Weg zu verlassen.

Am nächsten Tage erschien er in Wien, um dem Monarchen die Teilnahme der ungarischen Regierung zu verdolmetschen, ohne daran zu denken, daß das traurige Ereignis die Politik der Monarchie modifizieren sollte; er nahm an, daß der Leiter der auswärtigen Angelegen-

heiten denselben Standpunkt einnehme. Tisza hielt demnach eine Besprechung mit ihm vor der Audienz für überflüssig. Erst nachdem er sich aus der Hofburg entfernt hatte, stattete er einen Besuch auf dem Ballhausplatze ab. Hier erwartete ihn eine große und peinliche Überraschung.

Graf B e r c h t o l d eröffnete ihm in unverhüllter Weise „seine Absicht, die Greuelthat in Sarajewo zum Anlaß der Abrechnung mit Serbien zu machen“ — „einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um mit diesem Erzfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen.“<sup>2)</sup>

Graf T i s z a erwiderte offen und bestimmt, daß er dies „für einen verhängnisvollen Fehler halten und die Verantwortung dafür keineswegs teilen würde“. Er motivierte seine Auffassung folgendermaßen: „Erstens fehlen bisher genügende Anhaltspunkte, um Serbien (für die Mordtat) verantwortlich machen zu können und trotz etwaiger befriedigender Antwort der serbischen Regierung einen Krieg mit diesem Staate zu provozieren“; demnach würde die Monarchie „vor der ganzen Welt als Friedensstörer dastehen und einen großen Krieg unter den ungünstigsten Umständen anfachen“. Zweitens „halte er diesen Zeitpunkt, wo die Monarchie Rumänien so gut wie verloren hat, ohne einen Ersatz dafür bekommen zu haben, für einen recht ungünstigen“.

Es gelang ihm aber nicht, den Minister zu überzeugen. Infolgedessen beeilte er sich, nach Budapest zurückgekehrt, den Monarchen von den unheilverheißenden Plänen zu informieren und zu warnen. Da man erwartete, daß in den nächsten Tagen der Deutsche Kaiser zur Trauerfeier nach Wien kommen würde, riet er dem Monarchen, er möge sich darauf beschränken, „die Eingenommenheit Kaiser Wilhelm's für Serbien<sup>3)</sup>, an der Hand der letzten empörenden Ereignisse zu bekämpfen und ihn zur tatkräftigen Unterstützung der öster-

reichisch-ungarischen Balkanpolitik zu bewegen, als deren Ziel er den Anschluß Bulgariens an den Dreibund und die Ablenkung Rumäniens von der Seite Serbiens bezeichnete.“<sup>4)</sup>

Nach Tiszas Abreise spann Graf B e r c h t o l d seine Fäden unbeirrt weiter. Er meinte, daß die Sicherheit, „von Rumänien nicht angegriffen zu werden“, genüge, um „gegen Serbien vorgehen zu können“. Schon am 2. Juli teilte er dem deutschen Botschafter am Wiener Hofe mit, daß die Monarchie „für den Fall, daß sie, um ihre Integrität zu schützen, gegen Serbien vorgehen sollte“, die „Sicherung der Neutralität Rumäniens“ erwarte<sup>5)</sup>. Er war sogar entschlossen, auch ohne diese Sicherstellung und selbst wenn Rußland sich mit Serbien solidarisch erklären würde, die Monarchie zum Krieg gegen die drei Mächte zu führen, und projektierte einen überraschenden Angriff auf Serbien, ohne eine vorhergehende diplomatische Aktion. Seine waghalsigen Pläne fanden Gehör und günstige Aufnahme bei dem Chef des Generalstabes Freiherrn von C o n r a d, der seit Jahren offenkundig dafür eintrat, daß Österreich-Ungarn mit seinen Feinden und unzuverlässigen Freunden die bestehenden Differenzen mit Waffengewalt austrage. Er arbeitete dann auch den Kriegsplan aus.

Als Graf B e r c h t o l d seine Absichten und Pläne dem Kaiser eröffnete, erteilte er ihm den Rat, daß, bevor man die Zustimmung der beiden Regierungen Österreichs und Ungarns zu erwirken versuche, man sich die Gewißheit verschaffe, auf die tatkräftige Unterstützung des Bundesgenossen und bewährten Freundes, des Deutschen Kaisers, rechnen zu können. Nachdem dessen Wiener Reise aufgegeben war, sollte ein kaiserliches Schreiben an ihn gerichtet werden. Dieses im Ministerium verfaßte Schriftstück kulminierte in der

Mitteilung, daß „an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von Österreich-Ungarn trennt, nicht mehr zu denken sei“; und da „die Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt“, das Bestreben der Monarchie „in Zukunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein müsse“, damit Serbien „als politischer Machtfaktor ausgeschaltet werde.“<sup>6)</sup>

Graf B e r c h t o l d mußte den Text des Briefes vor der Abfertigung dem ungarischen Ministerpräsidenten mitteilen.

Graf T i s z a erkannte selbstverständlich allsogleich die Absicht des Ministers: mittels dieses Dokumentes seinen auf Serbiens Bestrafung, Verkleinerung und Ausschaltung aus der Reihe der politischen Machtfaktoren hinzielenden Plänen die Sanktion seines Herrschers erteilen zu lassen und die Zustimmung des Deutschen Kaisers zu erlangen. Er konnte mit dieser Formulierung nicht einverstanden sein. Auf telegraphischem Wege forderte er, daß von der Bestrafung Serbiens und dessen Ausschaltung aus der Reihe der politischen Machtfaktoren nicht geredet werde, und man sich begnügen solle, als Ziel der Aktion „die Nötigung Serbiens zur Einstellung seiner aggressiven Tätigkeit“ zu bezeichnen.<sup>7)</sup>

Aber B e r c h t o l d wartete das Eintreffen der ungarischen Antwort nicht ab. Als T i s z a seine Depesche absandte, war das Schreiben schon in den Händen W i l h e l m s II.

B e r c h t o l d ging noch weiter. Er beauftragte seinen Sekretär, den Grafen H o y o s, der das Schreiben nach Berlin überbrachte, den Plan eines ohne vorangehende diplomatische Schritte überraschend auszuführenden Angriffes auf Serbien mit den deutschen



Staatsmännern zu besprechen, ohne zu diesem wichtigen Schritt die Genehmigung der ungarischen Regierung eingeholt zu haben.<sup>8)</sup>

Das kaiserliche Handschreiben fand in Berlin freundliche Aufnahme. Wilhelm II. erklärte: er habe eine ernste Aktion gegenüber Serbien erwartet; nachdem man nun eine europäische Komplikation im Auge behalten müsse, wolle er zwar vor einer Rücksprache mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen, ermächtige aber den Botschafter nach Wien zu melden, daß Österreich-Ungarn auch in diesem Falle (einer europäischen Komplikation) auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne; sollte es also zu einem Kriege mit Rußland kommen, so werde Deutschland in gewohnter Bundestreue an der Seite der Monarchie stehen. Was Rumänien betreffe, werde er dafür sorgen, daß König Carol und dessen Ratgeber sich korrekt verhalten. An dieses Versprechen schloß sich der Rat an, daß man mit der Aktion gegen Serbien nicht zuwarte; wenn man in Wien die Notwendigkeit eines kriegerischen Unternehmens erkannt habe, so wäre es zu bedauern, wenn der jetzige günstige Moment unbenutzt bliebe.

Die Besprechung des Deutschen Kaisers mit dem Reichskanzler erfolgte wenige Stunden später, und dieser mit Berufung auf die erhaltene Bevollmächtigung, eröffnete am nächsten Tage dem Botschafter, daß die Entscheidung darüber was Serbien betreffend zu geschehen habe, der österreichisch-ungarischen Monarchie anheimgestellt werde, doch könne sie mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland hinter ihr stehen.

Im weiteren Verlaufe der Konversation konnte der Botschafter feststellen, daß auch der Reichskanzler ein sofortiges Einschreiten gegen Serbien als die beste Lösung der Schwierigkeiten am Balkan, und, vom inter-

nationalen Standpunkt, den jetzigen Augenblick für den günstigsten halte.<sup>9)</sup>

Der erste Bericht aus Berlin, der schon am 5. Juli in Wien eintraf, war geeignet, B e r c h t o l d in der Auffassung zu bestärken, daß sein Plan die Garantie des Erfolges erhielt, und triumphierend depeschierte er dem ungarischen Ministerpräsidenten:

„Kaiser Wilhelm ließ unserem allergnädigsten Herrn melden, daß wir bei einer eventuellen Aktion auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Nach Kaiser Wilhelms Ansicht sollen wir mit einer Aktion gegen Serbien nicht zuwarten. Wir sollen den jetzigen günstigen Zeitpunkt nicht unbenützt lassen. Rußland sei heute nicht kriegsbereit. Deutschland stehe in voller Bundespflicht an unserer Seite.“<sup>10)</sup>

Seine Hoffnung, daß diese Mitteilung T i s z a bekehren werde, ging nicht in Erfüllung.

### III.

Am 7. Juli wurde in Wien eine gemeinsame Ministerkonferenz abgehalten.

Graf B e r c h t o l d eröffnete die Sitzung mit der Erörterung der Frage: ob der Moment nicht gekommen sei, um Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich zu machen. Er machte nun die Mitteilung, daß er mit der deutschen Regierung Fühlung genommen habe, und die Besprechungen in Berlin zu einem sehr befriedigenden Resultate geführt hätten, indem sowohl Kaiser Wilhelm als auch Herr B e t h m a n n - H o l l w e g für den Fall einer kriegerischen Komplikation mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdrucke zugesichert, überdies nahegelegt hätten,

„sofort zu handeln“, da sie eine Abrechnung mit Serbien für die beste Lösung hielten<sup>11)</sup>; er sei sich klar darüber, daß ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könne, aber es sei sicher, daß der russischen Politik gegenüber die Situation der Monarchie sich immer mehr verschlechtern würde, woraus sich ergebe, daß man den Gegnern zuvorkommen müsse und durch eine rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den bereits im Gange befindlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten trachte, was später zu tun nicht mehr möglich sein würde.

Als erster ergriff T i s z a das Wort. Er stimmte damit überein, daß die Lage sich in den letzten Tagen durch die in der Untersuchung festgestellten Tatsachen und durch die Haltung der serbischen Presse verändert habe und betonte, daß auch er die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien für näher gerückt halte, als er es gleich nach dem Attentat von Sarajevo geglaubt habe. Er würde aber einem überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion, wie dies beabsichtigt zu sein scheine und bedauerlicherweise auch in Berlin durch den Grafen Hoyos besprochen wurde, niemals zustimmen, weil wir in diesem Falle, in den Augen Europas einen sehr schlechten Stand hätten und auch mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Feindschaft des ganzen Balkans — außer Bulgariens — rechnen müßten, ohne daß Bulgarien, welches gegenwärtig sehr geschwächt sei, uns entsprechend unterstützen würde.

Wir müßten unbedingt Forderungen gegen Serbien formulieren und erst ein Ultimatum stellen, wenn Serbien sie **nicht erfülle**. Diese Forderungen müßten zwar harte, aber nicht un-

erfüllbare sein. Wenn Serbien sie annehme, würden wir einen eklatanten diplomatischen Erfolg aufzuweisen haben und unser Prestige würde am Balkan steigen. Nehme man unsere Forderungen aber nicht an, so würde auch er für eine kriegerische Aktion sein, müsse aber schon jetzt betonen, daß wir mit einer solchen zwar die Verkleinerung, nicht aber die vollständige Vernichtung Serbiens bezwecken dürften, weil einerseits diese von Rußland ohne einen Kampf auf Leben und Tod niemals zugegeben werden könnte, und weil auch er als ungarischer Ministerpräsident es niemals zugeben könnte, daß die Monarchie einen Teil von Serbien anektiere.

Es sei nicht Sache Deutschlands, zu beurteilen, ob wir **jetzt** gegen Serbien losschlagen sollten oder nicht. Er persönlich sei der Ansicht, daß ein Krieg im jetzigen Augenblicke nicht unbedingt geführt werden müsse. Gegenwärtig müsse man damit rechnen, daß die Agitation gegen uns in Rumänien eine sehr starke sei, daß wir, angesichts der aufgeregten öffentlichen Meinung, mit einem rumänischen Angriffe würden rechnen müssen und auf jeden Fall eine beträchtliche Macht in Siebenbürgen würden halten müssen, um die Rumänen einzuschüchtern. Jetzt, wo Deutschland erfreulicherweise die Bahn zum Anschluß Bulgariens an den Dreibund freigegeben habe, eröffne sich uns ein vielversprechendes Gebiet zu einer erfolgreichen diplomatischen Aktion am Balkan; indem wir durch den Zusammenschluß Bulgariens und der Türkei und deren Anschluß an den Dreibund ein Gegengewicht gegen Rumänien und Serbien schaffen und dadurch Rumänien zur Wiederkehr zum Dreibunde zwingen könnten. Auf europäischem Gebiete müsse man auch berücksichtigen, daß das Kraftverhältnis

Frankreichs zu Deutschland sich wegen der niedrigeren Geburtszahlen immer verschlechtern werde und daß Deutschland daher in der Zukunft immer mehr Truppen gegen Rußland disponibel haben würde.

Dies seien alles Momente, die bei einer so verantwortungsvollen Entschließung, wie sie heute gefaßt werden solle, bedacht werden müßten und daher müsse er wieder darauf zurückkommen, daß er sich trotz der Krise in Bosnien, die übrigens auch durch eine energische Verwaltungsreform im Innern saniert werden könnte, nicht unbedingt für den Krieg entschließen wolle, sondern auch einen entsprechenden diplomatischen Erfolg, der eine starke Demütigung Serbiens mit sich brächte, für geeignet halte, unsere Stellung zu verbessern und uns eine ersprießliche Balkanpolitik zu ermöglichen.

Graf Berchtold erwiderte, die Geschichte der letzten Jahre hätte gezeigt, daß diplomatische Erfolge gegen Serbien zwar das Ansehen der Monarchie zeitweilig gehoben, aber die tatsächlich bestehende Spannung in unseren Beziehungen zu Serbien sich nur noch verstärkt hätte. Eine radikale Lösung der durch die systematisch von Belgrad aus betriebene großserbische Propaganda aufgeworfenen Frage sei wohl nur durch ein energisches Eingreifen möglich. Bezüglich der vom ungarischen Ministerpräsidenten erwähnten Gefahr einer feindseligen Haltung Rumäniens bemerkte er, daß derzeit eine solche weniger zu befürchten sei als für die Zukunft, wo sich die rumänisch-serbische Interessengemeinschaft immer mehr herausbilden werde. König Carol habe allerdings Zweifel in der Richtung ausgesprochen, gegebenenfalls seiner Bundespflicht gegenüber der Monarchie durch aktive Hilfeleistung nachkommen zu können. Dagegen sei es **kaum anzunehmen**,

daß er sich zu einer kriegerischen Operation gegen die Monarchie hinreißen lasse.

Was die Bemerkung bezüglich des Kräfteverhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland anbelange, so glaube er, daß der verminderten Bevölkerungszunahme Frankreichs die in ungleich höherem Verhältnisse gesteigerte Bevölkerungszunahme Rußlands gegenüberstehe, so daß die Behauptung, daß Deutschland in der Zukunft immer mehr disponible Truppen gegen Frankreich haben werde, wohl nicht stichhältig erscheine.

Der österreichische Ministerpräsident lenkte nun die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die Zustände in Bosnien und berief sich auf die Äußerung des Landeschefs, daß es fraglich sei, ob wir die beiden Provinzen überhaupt halten könnten, wenn wir nicht gegen das Königreich vorgehen. Seiner Ansicht nach sei die Situation derart, daß sie unbedingt zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien hindränge. Er stimme mit dem ungarischen Ministerpräsidenten zwar darin überein, daß wir und nicht die deutsche Regierung beurteilen müßten, ob ein Krieg notwendig sei oder nicht; er müsse aber doch bemerken, daß es auf unsere Entschliebung einen sehr großen Einfluß ausüben sollte, wenn an der Stelle, welche wir als treueste Stütze unserer Politik im Dreibunde ansehen müßten, uns rückhaltlose Bündnistreue zugesagt und überdies nahegelegt werde, sofort zu handeln, nachdem man sich dort angefragt habe. Graf Tisza sollte diesem Umstande doch Bedeutung beimessen und in Erwägung ziehen, daß wir durch eine Politik des Zauderns und der Schwäche Gefahr laufen, dieser rückhaltlosen Unterstützung des Deutschen Reiches zu einem späteren Zeitpunkte nicht mehr so sicher zu sein. Wie

der Konflikt begonnen werden sollte, sei eine Detailfrage, und wenn die ungarische Regierung der Ansicht sei, daß ein überraschender Angriff „sans crier gare“, wie Graf Tisza sich ausgedrückt hätte, nicht gangbar sei, so müsse man eben einen anderen Weg finden; doch würde er dringendst wünschen, daß, was immer geschehe, rasch gehandelt werde, und da sei vor allem das Interesse um das Ansehen und den Bestand der Monarchie maßgebend, deren südslawische Provinzen er für verloren halten würde, wenn nichts geschehe.

Der gemeinsame Finanzminister bemerkt, General Potiorek stehe seit zwei Jahren auf dem Standpunkte, daß wir eine **Kraftprobe mit Serbien bestehen müßten**, um Bosnien und die Herzegowina behalten zu können. Er selbst hegt die Überzeugung, daß der Entscheidungskampf früher oder später unvermeidlich sei.

Wenn auch der ungarische Ministerpräsident sich jetzt mit einem diplomatischen Erfolge zufrieden geben würde, so könne er dies vom Standpunkte der bosnischen Interessen nicht tun. Der Serbe ist nur der Gewalt zugänglich, ein diplomatischer Erfolg würde in Bosnien gar keinen Eindruck machen und wäre eher schädlich als etwas anderes.

Graf Tisza bemerkte zu diesen Ausführungen, er habe zwar die höchste Meinung von dem derzeitigen Landeschef als Militär; was die Zivilverwaltung anlange, so könne man aber nicht leugnen, daß sie vollständig versagt habe und daß da eine Reform unbedingt durchgeführt werden müßte. Er wolle jetzt hierauf nicht näher eingehen, zumal es auch nicht der Moment sei, um große Veränderungen vorzunehmen, er müsse nur fest-

stellen, daß bei der Polizei die unbeschreiblichsten Zustände herrschen müssen, um es möglich zu machen, daß sechs oder sieben der Polizei bekannte Gestalten sich am Tage des Attentates auf der Route des ermordeten Thronfolgers mit Bomben und Revolvern bewaffnet aufstellen konnten, ohne daß die Polizei einen einzigen beobachtete oder fortschaffte. Er sehe nicht ein, warum die Verhältnisse in Bosnien nicht durch eine gründliche Reform der Verwaltung wesentlich gebessert werden könnten.

Der Kriegsminister erklärte nun, daß nach seiner Ansicht ein diplomatischer Erfolg keinen Wert habe. Vom militärischen Standpunkte müsse er betonen, daß es günstiger wäre, den Krieg sogleich als zu einem späteren Zeitpunkte zu führen, da sich das Kräfteverhältnis in der Zukunft unverhältnismäßig zu unseren Ungunsten verschieben werde. Was die Modalitäten des Kriegsbeginnes betreffe, so müsse er hervorheben, daß sowohl der Russisch-Japanische Krieg als auch der Balkankrieg ohne vorherige **Kriegserklärung** begonnen worden seien. Er sei der Ansicht, daß man vorerst nur die gegen Serbien vorgesehene Mobilisierung durchführen und mit der allgemeinen Mobilisierung so lange zuwarten sollte, bis erkennbar sei, ob Rußland sich rühre oder nicht. Es wäre wünschenswert, wenn die Mobilisierung sofort und möglichst heimlich durchgeführt würde und eine Somation an Serbien erst nach vollendeter Mobilisierung gerichtet werden könnte. Dies wäre auch wegen der russischen Streitkräfte günstig, da die russischen Grenzkorps wegen der Ernteurlaube gerade jetzt nicht die vollen Stände haben.

Es entwickelte sich hierauf eine Diskussion über die Ziele einer kriegerischen Aktion gegen Serbien, wobei der Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten, daß



Serbien zwar verkleinert, mit Rücksicht auf Rußland aber nicht ganz vernichtet werden dürfe, angenommen wurde.

Graf Tisza beharrte bei der Ansicht, daß eine erfolgreiche Balkanpolitik für die Monarchie durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund möglich wäre und verweist auf die furchtbare Kalamität eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen. Es möge nicht übersehen werden, daß allerhand Zukunftseventualitäten denkbar seien — wie Ablenkung Rußlands durch asiatische Komplikationen, Revanchekrieg des wiedererstarkten Bulgariens gegen Serbien u. s. w. —, welche unsere Stellung gegenüber dem großserbischen Probleme wesentlich günstiger gestalten könnten als dies heute der Fall ist.

Graf Berchtold bemerkte hierzu, daß man allerdings verschiedene Zukunftsmöglichkeiten ausdenken könne, die eine uns günstige Situation ergeben würden; er befürchte aber, daß für eine solche Entwicklung keine Zeit vorhanden sei. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß von feindlicher Seite ein Entscheidungskampf gegen die Monarchie vorbereitet werde und daß Rumänien der russischen und französischen Diplomatie Helfersdienste leiste. Man dürfe nicht annehmen, daß die Politik mit Bulgarien uns einen vollen Ersatz für den Verlust Rumäniens bieten könne. Rumänien sei aber nicht wieder zu gewinnen, solange die großserbische Agitation existiere. Auch dürfe man nicht übersehen, daß bezüglich des Anschlusses Bulgariens an den Dreibund noch nicht der erste Schritt geschehen sei.

Es wurde hierauf in längerer Debatte die Kriegsfrage weiters eingehend diskutiert und am Schlusse dieser Erörterungen festgestellt: daß alle Versammelten eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschen; daß der Ministerrat bereit sei, sich der An-

sicht des ungarischen Ministerpräsidenten anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden solle, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen sowie ein Ultimatum gestellt worden ist; dagegen seien alle Anwesenden mit Ausnahme des ungarischen Ministerpräsidenten der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg wertlos wäre und daß daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde.

Graf T i s z a erklärte nun, daß er bestrebt sei, dem Standpunkte aller anderen Anwesenden entgegenzukommen und daher auch insofern eine Konzession machen würde, als er zugeben wolle, daß die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht solcher Art, daß man unsere Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätten wir eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung. Der Text der Note müsse sehr genau studiert werden und er würde jedenfalls Wert darauf legen, die Note zur Einsicht zu erhalten, bevor sie abgesendet werde. Auch müsse er betonen, daß er für seine Person genötigt wäre, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn sein Standpunkt nicht berücksichtigt werde.

Hierauf wurde die Sitzung bis zum Nachmittag unterbrochen.

Beim Wiederezusammentritte des Ministerrates richtete der Kriegsminister an den Chef des Generalstabes mehrere Fragen. Auf Grund seiner Antworten entspann sich über die Kräfteverhältnisse und den wahrscheinlichen Verlauf eines europäischen Krieges eine längere Debatte; am Schlusse dieser Debatte wiederholte der ungarische Minister-

präsident seinen früheren Ansichten hinsichtlich der Kriegsfrage und richtete einen neuerlichen Appell an die Anwesenden, sie möchten ihre Entscheidung sorgfältig prüfen.

Es werden hierauf die Punkte besprochen, welche als Forderungen an Serbien in der Note aufgenommen werden könnten, aber kein definitiver Beschluß gefaßt.

Die Sitzung wurde vom Minister des Äußern mit der Konstatierung geschlossen, daß, wenn auch noch eine Divergenz zwischen allen Teilnehmern und dem Grafen Tisza bestehe, man einander näher gekommen sei, nachdem auch die Vorschläge aller Wahrscheinlichkeit nach zu der von ihm und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen werden.<sup>12)</sup>

#### IV.

Tisza überließ nicht dem Minister die Aufgabe, den Monarchen über die in der Konferenz aufgetauchten Meinungsgegensätze zu informieren. Er wollte dies selbst besorgen; aber seine loyale Denkungsart bestimmte ihn, seinen Vortrag mittels des Grafen Berchtold nach Ischl gelangen zu lassen.

In diesem Schriftstücke berichtete er, „die aus Berlin eingetroffenen erfreulichen Nachrichten, verbunden mit der sehr gerechten Entrüstung über die Vorkommnisse in Serbien haben bei allen anderen Teilnehmern der gestrigen gemeinsamen Ministerkonferenz die Absicht gereift, einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um mit diesem Erzfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen; er aber war nicht in der

Lage, diesem Plane in vollem Umfange zuzustimmen. Ein derartiger Angriff auf Serbien würde nach jeder menschlichen Voraussicht die Intervention Rußlands und somit den Weltkrieg heraufbeschwören, wobei er — trotz allem Optimismus in Berlin — die Neutralität Rumäniens für wenigstens sehr fraglich halten müßte. Die dortige öffentliche Meinung würde den Krieg gegen die Monarchie leidenschaftlich fordern und diesem Drucke würde die jetzige rumänische Regierung gar nicht und auch König Carol sehr schwer widerstehen können. Bei diesem Angriffskriege also müßte die russische und rumänische Armee als zum feindlichen Lager gehörig betrachtet werden, was die Chancen des Krieges sehr ungünstig für uns gestalten würde.

Einer Aktion, welche den Krieg unter solchen Konstellationen provoziert, könnte er um so weniger beipflichten, weil wir gerade jetzt den langersehnten vollen Erfolg in Berlin auch in jener Richtung erzielt haben, daß einer konsequenten, aktiven, Erfolg versprechenden Politik am Balkan von dort aus kein Hindernis mehr im Wege steht, und wir somit gerade jetzt die Mittel in die Hände bekommen haben, einen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung am Balkan auszuüben und eine uns günstigere Konstellation daselbst durchzuführen. Dies berechtigt zu der Hoffnung, daß wir, wenn uns der Entscheidungskampf später aufgenötigt würde, denselben mit besseren Chancen aufnehmen könnten.

Auf seine Frage, wie sich die Kräfteverhältnisse bei den Großmächten infolge der überall vorgenommenen Rüstungen im Laufe der nächsten Jahre verschieben würden, hat der Chef des Generalstabes nach einigem Nachdenken geantwortet: „Eher zu unseren Ungunsten“. Aus dieser Antwort kann wohl mit Recht gefolgert werden, daß diese Verschiebung keine allzu wesent-

liche sein und durch die günstigere Ausgestaltung der Verhältnisse am Balkan mehr als wettgemacht werde.

Zu dieser Besserung der Balkanlage ist der Anschluß Bulgariens der erste Schritt und gleichzeitig der archimedische Punkt, wo angesetzt werden muß, um die russische Position aus den Angeln zu heben. Gleich darauf hätten wir einerseits auf eine dauernde Klärung des bulgarisch-griechischen Verhältnisses hinzuwirken, wo trotz mancher Schwierigkeiten die Chancen des Erfolges durchaus nicht ungünstig liegen, andererseits vereint mit Deutschland einen Druck auf Rumänien auszuüben. Trotz allen Lärms, den der Anschluß Bulgariens in Bukarest gewiß hervorrufen wird, wird diese Tatsache zweifellos sofort einen sichtbaren Einfluß auf die Haltung Rumäniens ausüben. Aber selbst für den schlimmsten Fall, kann wohl vorausgesetzt werden, daß im Laufe weniger Jahre die wohlwollende Neutralität Griechenlands gesichert, Rumänien durch ein wiedererstarktes Bulgarien in Schach gehalten und durch eine bulgarische Aktion in Mazedonien ein beträchtlicher Teil der serbischen Armee lahmgelegt werde.

Während also ein unsererseits provozierter Krieg wahrscheinlich unter sehr ungünstigen Bedingungen durchgeföhrt werden müßte, würde eine Verschiebung der Abrechnung auf spätere Zeit, wenn wir diese diplomatisch gut ausnützen, eine Besserung der Kräfteverhältnisse hervorrufen.

Zu diesen politischen Gesichtspunkten müsse man die Lage der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft in Betracht ziehen, welche die Kriegführung kolossal erschweren und die mit dem Krieg verbundenen Opfer und Leiden beinahe unerträglich für die Gesellschaft machen würden. Nach peinlich gewissenhafter Überlegung könne er demnach die Verantwortung für die in Vorschlag ge-

brachte militärische Aggression gegen Serbien nicht mittragen.

Es stehe ihm fern, eine energielose und untätige Politik Serbien gegenüber empfehlen zu wollen. Wir können nicht indolente Zuschauer dessen bleiben, wie in diesem Nachbarlande gegen uns geschürt wird, wie unsere eigenen Untertanen zum Landesverrat aufgehetzt und Mordanschläge vorbereitet werden.

. . . Er plädiere keineswegs dafür, daß wir diese Provokationen einstecken sollen, und ist bereit, die Verantwortung für alle Konsequenzen eines durch die Zurückweisung unserer gerechten Forderungen verursachten Krieges zu tragen. Es muß aber Serbien die Möglichkeit gegeben werden, den Krieg im Wege einer, allerdings schweren, diplomatischen Niederlage zu vermeiden, und wenn es doch zum Krieg kommt, soll vor aller Welt Augen bewiesen werden, daß wir uns auf dem Boden gerechter Notwehr befinden.

Es wäre also eine in gemessenem, aber nicht drohendem Tone gehaltene Note an Serbien zu richten, in welcher unsere konkreten Beschwerden aufzuzählen und präzise Petita mit denselben zu verbinden wären und für jeden betreffenden Fall die entsprechende Remedur und Genugtuung gefordert werden sollte.

Sollte Serbien eine ungenügende Antwort geben oder die Sache verschleppen wollen, so wäre mit einem Ultimatum und sofort nach Ablauf desselben mit Eröffnung der Feindseligkeiten zu antworten. In diesem Falle aber hätten wir es einerseits mit einem uns aufgenötigten Kriege zu tun — einen solchen aber muß eine jede Macht unverzagt durchkämpfen, wenn sie überhaupt eine staatliche Existenz fortführen will — andererseits hätten wir die Schuld des Krieges auf Serbien gewälzt, welches die Kriegsgefahr dadurch auf sich gezogen hätte, daß es sich

selbst nach der Sarajewoer Greuelthat geweigert habe, die Pflichten eines anständigen Nachbarn ehrlich zu erfüllen.

Ein solches Vorgehen unsererseits würde die Chancen der deutschen Aktion in Bukarest jedenfalls stark vermehren, und vielleicht auch Rußland von einer Beteiligung am Kriege abhalten. Es ist vorauszusehen, daß England aller Wahrscheinlichkeit nach einen Druck in diesem Sinne auf die übrigen Ententemächte ausüben würde.

Um jedoch Verwicklungen mit Italien aus dem Wege zu gehen, und die Sympathie Englands zu sichern und es Rußland überhaupt zu ermöglichen, Zuschauer des Krieges zu bleiben, müßte unsererseits in entsprechender Zeit und Form die Erklärung abgegeben werden, daß wir Serbien nicht vernichten, noch weniger annektieren wollen. Nach einem glücklichen Kriege nämlich wäre Serbien durch Abtretung seiner eroberten Gebiete an Bulgarien, Griechenland und Albanien zu verkleinern, für uns aber höchstens gewisse strategisch wichtige Grenzregulierungen zu fordern. Freilich hätten wir Anspruch auf Entschädigung der Kriegskosten, was uns die Handhabe bieten würde, Serbien für lange Zeit in fester Hand zu behalten.

Das wäre die Ausgestaltung der Verhältnisse, auf die im Kriegsfall hinzuarbeiten wäre. Sollte Serbien nachgeben, so müßten wir freilich auch diese Lösung bona fide hinnehmen und ihm den Rückzug nicht verlegen. In diesem Falle hätten wir uns mit einer starken Knickung des serbischen Hochmutes und einer schweren diplomatischen Niederlage dieses Staates zu begnügen und die bewußte, intensive Aktion in Bulgarien und den anderen Balkanstaaten um so energischer in die Hand zu nehmen, da der soeben erreichte diplomatische Erfolg jedenfalls günstig auf das Ergebnis dieser Verhandlungen wirken würde ...

Er sei der schweren Verantwortung bewußt, welche in diesen kritischen Zeiten ein jeder zu tragen hat, der die Ehre hat, das Vertrauen des Monarchen zu besitzen. Im vollen Bewußtsein dessen, daß die Last dieser Verantwortung dieselbe bleibt, ob man sich fürs Handeln oder fürs Unterlassen entscheidet, habe er sich nach peinlicher Erwägung aller einschlägigen Momente entschlossen, den in diesen Auseinandersetzungen beschriebenen Mittelweg anzuraten, welcher einen friedlichen Erfolg nicht ausschließt und die Chancen des Krieges — sollte er doch unvermeidlich sein — in mancher Beziehung bessert.

Er wird in dem für morgen einberufenen (ungarischen) Ministerrate die Stellungnahme des ungarischen Kabinetts veranlassen; einstweilen muß er im eigenen Namen die Erklärung abgeben, daß er trotz seiner Hingebung an den Dienst Seiner Majestät oder besser gesagt gerade infolge derselben, die Verantwortung für die ausschließlich und aggressiv-kriegerische Lösung nicht mittragen könnte.<sup>13)</sup>

Neben diesen schwerwiegenden politischen und diplomatischen Motiven, die gegen ein kriegerisches Unternehmen sprachen, führte T i s z a auch militärische Erwägungen ins Treffen.

In einer Besprechung mit dem Chef des Generalstabes erhielt er Kenntnis von dem Plan, sämtliche Armeekorps auf dem nördlichen Kriegsschauplatze zu verwenden, mit Ausnahme von dreien, die gegen Serbien aufgestellt werden sollten; indessen gegen Rumänien nur kleinere Formationen der zweiten Linie erübrigen würden.

Er machte nun Baron C o n r a d auf die große Gefahr dieser Entblößung der rumänischen Grenze aufmerksam, und wies auf die Notwendigkeit hin, wenigstens ein bis zwei Korps für den Schutz Siebenbürgens auf-



zusparen; erhielt aber die Antwort, daß es unmöglich sei Truppen erster Linie für diese Aufgabe zu reservieren.

Unter dem Eindrucke dieser Mitteilungen entwarf T i s z a seinem Monarchen ein trostloses Bild der Kräfteverhältnisse und der Aussichten des Krieges.

Er gab zu, daß die österreichisch-ungarischen Truppen am nördlichen Kriegsschauplatze aller Wahrscheinlichkeit nach gleich stark seien, wie die gegenüberstehende russische Heeresmacht, dagegen die an der Ostgrenze des Deutschen Reiches aufgestellten deutschen Truppen in der ersten Phase des Feldzuges überlegene russische Truppen vor sich haben werden. Die Südarmee aber wird kaum in der Lage sein, die überlegenen serbischen Kräfte dauernd aufzuhalten, während wir der vordringenden rumänischen Armee keinen ernstesten Widerstand leisten werden können. Die russische Armee braucht also nur einer raschen Entscheidung, welche im Siegesfalle einen Teil unserer Truppen zum Schutze unserer Süd- und Südostgrenze verfügbar machen würde, auszuweichen, und abzuwarten, bis die rumänische Armee in Siebenbürgen eindringt, die von Rumänen bewohnten Gegenden in Aufruhr versetzt und unserer mit den Serben kämpfenden Armee in Flanke und Rücken fällt. Die absolut sichere Niederlage dieser Armee eröffnet den Weg nach Budapest und Wien vor der feindlichen Macht und entscheidet den ganzen Feldzug.

Schließlich bemerkte er, daß Bulgarien bei seiner jetzigen Erschöpfung kaum einen sehr wesentlichen Teil der rumänischen Streitkräfte binden könnte, um so weniger, da eine Intervention Bulgariens in diesen gegen Serbien geführten Krieg aller Wahrscheinlichkeit nach heute noch den Casus foederis für Griechenland bedeuten würde.“<sup>(14)</sup>



## V.

Die, gewiß von übertriebenem, in jenen Tagen nicht gerechtfertigtem Pessimismus eingefloßten Prophezeiungen und die unbestreitbar weisen Auseinandersetzungen Tiszas blieben ohne ersichtliche Wirkung auf den Monarchen. Diese Akten studierte er auch mit seiner angewohnten Gewissenhaftigkeit, würdigte aber deren Inhalt nicht ernster Erwägung. Sie weisen nicht mehr seine sonst so klaren und gründlichen Randbemerkungen auf und es fehlen Andeutungen, die darauf schließen lassen könnten, daß er kompetente Stellen zur Berichterstattung aufgefordert, oder daß er dem Verfasser Mitteilungen über dieselben gemacht habe.

Mit Bleistift gab die zitternde Hand des Monarchen dem Kabinettsdirektor die Weisung (ad acta F. J.), die Akten in Verwahrung zu nehmen.

Eine Erklärung für diese Tatsache könnte die Abnahme der geistigen Regsamkeit und das Abflauen des Interesses seitens des vielgeprüften 84jährigen Greises geben, oder auch die Annahme, daß er dem leichtlebigen Optimismus des Ministers Berchtold zugänglicher gewesen sei.

Diesen Optimismus nährten bedeutend die von Berlin eingetroffenen Nachrichten.

Am 8. Juli, am Tage nach der Ministerkonferenz, entledigte sich der deutsche Botschafter des Auftrages „seines kaiserlichen Herrn“, mit allem Nachdruck zu erklären, daß man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte und es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn man in Wien die gegebene Gelegenheit vorübergehen ließe, ohne einen Schlag zu führen. Er teilte weiter mit, man halte es in Berlin für ausgeschlossen, daß Rumänien gegen die Monarchie Stellung nehmen würde.

Der Minister meinte aus den weiteren Äußerungen des Botschafters ersehen zu dürfen, daß „man in Deutschland ein Transigieren mit Serbien als Schwächebekenntnis auslegen würde, was nicht ohne Rückwirkung auf die Stellung Österreich-Ungarns im Dreibunde und die künftige Politik Deutschlands bleiben könnte“; womit wohl angedeutet werden sollte, daß die deutsche Politik eine neue Orientierung nehmen könnte.

In dieser Formulierung übermittelte Graf Berchtold dem ungarischen Ministerpräsidenten die Mitteilungen des deutschen Botschafters.<sup>15)</sup>

Die Hoffnung Berchtolds, daß diese Mitteilungen „einen Einfluß auf die Schlußfolgerungen Tiszas“ ausüben, und dieser ihm nach Ischl, wohin er sich am 9. Juli zur Berichterstattung begab, neue Eröffnungen übersenden wird, ging nicht in Erfüllung. Er mußte den ungarischen Vortrag dem Monarchen vorlegen und dieser gab ihm die Weisung, die an Serbien zu stellenden Forderungen zu formulieren und mit einer an Serbien zu richtenden Note die Aktion zu beginnen<sup>16)</sup>.

Am selben Tage berichtete Tisza auch im ungarischen Ministerrate über seine Stellungnahme im gemeinsamen Ministerrate und verlas seinen an den Monarchen gerichteten Vortrag, der einstimmig genehmigt wurde. Tisza erhielt die Vollmacht in dieser Richtung, den dem ungarischen Ministerium, laut § 8 des XII. Gesetzesartikel vom Jahre 1867, gebührenden Einfluß auf die weiteren Entschlüsse geltend zu machen.<sup>17)</sup>

Dazu bot sich in den nächstfolgenden Tagen keine Gelegenheit.

Erst am 14. Juli erschien der ungarische Ministerpräsident wieder in Wien, um an einer Besprechung, zu welcher Graf Berchtold auch den österreichischen Ministerpräsidenten und den ungarischen Minister am Hoflager eingeladen hatte, teilzunehmen.

Er erhielt Mitteilung von der Auffassung des Chefs des Generalstabes, der darlegte, daß das Hinausziehen der Aktion durch sukzessives Einsetzen derselben vermieden werden müsse, damit die Gegner zu ihren militärischen Maßnahmen nicht Zeit gewinnen.<sup>18)</sup>

Ferner erhielt er Kenntnis von dem Berichte, den Botschafter Szögyény aus Berlin zwei Tage vorher expediert hatte. Dieser meldete, daß „die maßgebenden deutschen Kreise, und nicht am wenigsten Kaiser Wilhelm, die Monarchie, man möchte fast sagen, drängen, eine eventuell sogar kriegerische Aktion gegen Serbien zu unternehmen“. Er verdolmetschte die „deutsche Auffassung“, daß „für die Wahl des jetzigen Zeitpunktes“ verschiedene Argumente sprechen: Rußland habe den Krieg gegen seine westlichen Nachbarn, da es nicht genügend vorbereitet sei, erst in sein politisches Zukunftskalkül eingestellt, so daß es nicht ausgemacht sei, ob Rußland mit bewaffneter Hand Serbien unterstützen werde. Weiters glaubt die deutsche Regierung sichere Anzeichen zu haben, daß England derzeit sich an einem Krieg auf dem Balkan nicht beteiligen werde, selbst wenn es zu einem Waffengange mit Rußland, eventuell auch mit Frankreich kommen sollte. Der österreich-ungarische Botschafter folgerte daraus, daß „die Konstellation für uns so günstig wie irgend möglich sei“.<sup>19)</sup>

Die historische Kritik muß nun, ohne dem Charakter der Botschafter in Berlin und Wien nahetreten zu wollen, die Frage stellen: ob alle von ihnen reproduzierten Anschauungen und Wünsche wirklich von den maßgebenden Faktoren der deutschen Politik stammen, und ob dieselben mit der nötigen Genauigkeit formuliert wurden?

Direkte, dokumentarische Äußerungen von diesen Faktoren sind bisher nur zwei bekannt.

Der Reichskanzler ermächtigte Herrn von Tschirschky zur Mitteilung: „Seine Majestät (der Deutsche Kaiser) könne zu den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen naturgemäß nicht Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen; aber Kaiser Franz Josef könne sich darauf verlassen, daß Seine Majestät im Einklang mit seinen Bundespflichten und seiner alten Freundschaft treu an Seite Österreich-Ungarns stehen würde.“<sup>20)</sup>

Kaiser Wilhelms Antwortschreiben an Franz Josef enthielt folgende meritorische Erklärungen: „Durch Deinen bewährten und von mir aufrichtig geschätzten Botschafter wird Dir meine Versicherung übermittelt worden sein, daß Du auch in den Stunden des Ernstes mich und mein Reich, im vollen Einklang mit unserer altbewährten Freundschaft und unseren Bundespflichten treu an Euerer Seite finden wirst... (Ich erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen Deiner Staaten von dem schweren Drucke zu befreien. Ich bin daher bereit... die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz zu hintertreiben und den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen. ... Des weiteren habe ich meinen Geschäftsträger in Bukarest beauftragt, sich zu König Carol im Sinne Deiner Anregungen zu äußern.“<sup>21)</sup>

In diesen Dokumenten ist von einem „Drängen“, ja sogar von dem Zeitpunkte der auszuführenden Aktion keine Spur zu finden.

Es scheint, daß Graf Tisza in dieser Hinsicht Bedenken trug; er stattete deswegen im deutschen Botschaftspalais einen Besuch ab, der in Berlin Auffallen erregte.<sup>22)</sup> Hier gelang es dem Botschafter diese Bedenken zu zerstreuen.

Hinsichtlich der diplomatischen Lage beruhigt, meinte Tisza für die Folgen des „Hinausziehens“ der

Aktion, die sein Vorschlag verursachen würde, nicht eintreten zu können.

T i s z a hielt zwar fest an seiner Ansicht, daß man den überraschenden Angriff auf Serbien nicht ausführen und auf Eroberungen nicht ausgehen dürfe; aber er gab seine Zustimmung dazu, daß die Forderungen an Serbien in Form eines kurzfristeten Ultimatums gestellt werden und daß diese Forderungen „die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung“ enthalten sollen.

Dieses Ultimatum sollte in einer am 19. Juli abzuhaltenden gemeinsamen Ministerkonferenz überprüft werden.

Nach Budapest zurückgekehrt, hielt es Graf T i s z a für notwendig, das ungarische Parlament zu orientieren. In der am 15. Juli abgehaltenen Sitzung gab er folgende Erklärung ab:

„Die Beziehungen zu Serbien sind jedenfalls zu klären, aber in welcher Weise, in welcher Richtung und mit welchem Inhalt, darüber kann ich mich der Natur der Sache gemäß, da es sich um eine in Schwebelage befindliche Frage handelt, nicht äußern.

Ich möchte nur wiederholt betonen, daß die Regierung von dem Bewußtsein aller wichtigen Interessen durchdrungen ist, die sich an die Erhaltung des Friedens knüpfen. Die Regierung ist nicht der Ansicht, daß die Klärung notwendigerweise zu kriegerischen Verwicklungen führen muß. In dieser Beziehung will ich mich daher überhaupt nicht in Prophezeiungen einlassen und nur bemerken, daß der Krieg eine traurige ultima ratio ist, zu der man solange nicht greifen soll, als nicht jede friedliche Möglichkeit der Lösung erschöpft ist. Aber jeder Staat, jede Nation muß im stande sein, Krieg zu führen und muß den Krieg als ultima ratio wollen, wenn Staat und Nation weiterbestehen soll.“

Diese Erklärung machte merkwürdigerweise in Paris — wie der österreichisch-ungarische Botschafter meldete — „einen entschieden guten Eindruck“. Die Zeitungen konstatierten mit Anerkennung die sachliche Art und die Mäßigung, mit der T i s z a die Vorfälle der jüngsten Zeit besprochen habe und zeigten auch ein gewisses Verständnis für die Erklärung, daß die Monarchie ihre Interessen und ihre staatliche Würde unter allen Umständen zu wahren wissen werde. — Sogar der „Temps“ hatte einige anerkennende Worte für die k. u. k. Regierung. Aber die Pariser Blätter waren bestrebt auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen den Erklärungen des Grafen T i s z a und der Sprache gewisser ungarischer Zeitungen bestehe. Sie zögen daraus den Schluß, daß man noch immer unliebsame Überraschungen befürchten müsse, und daß schließlich die Vorfälle von Sarajewo als Vorwand benützt werden würden um Serbien zu vergewaltigen.<sup>23)</sup>

## VI.

Am 19. fand die zweite gemeinsame Ministerkonferenz statt.

Bevor die Sitzung eröffnet worden ist, fand eine formlose Besprechung über die Redaktion der an Serbien zu richtenden Note statt und wurde deren definitiver Text festgestellt.

Nach Eröffnung der Sitzung beantragte Graf B e r c h t o l d, daß die Note der serbischen Regierung den 23. Juli überreicht werde, so daß die 48stündige Frist am 25. d. M. nachmittags ablaufe und die Mobilisierungsverordnung noch in der Nacht von Samstag auf Sonntag hinausgegeben werden könne; gegen eine

weitere Verschiebung würde er sich entschieden aussprechen müssen, da man schon jetzt beginne in Berlin nervös zu werden und Nachrichten über unsere Intentionen schon nach Rom durchgesickert seien, so daß er nicht für unerwünschte Zwischenfälle gutstehen könnte, wenn man die Sache noch hinauschieben würde.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, daß die Note am 23. um 5 Uhr nachmittags zu übergeben sein wird.

Der Chef des Generalstabes betont, daß er auch aus militärischen Gründen eine möglichst rasche Initiierung der Aktion für wünschenswert halten würde.

Auf Wunsch des ungarischen Ministerpräsidenten gab derselbe geheime Auskünfte über die Mobilisierung und erklärte über eine Anfrage des Grafen Tisza, daß die im Falle einer allgemeinen Mobilisierung in Siebenbürgen verbleibenden Sicherungsbesatzungen weitaus genügen, um die innere Ruhe des Landes bei lokalem Aufruhr zu sichern; zum Schutze des Landes gegen eine rumänische Armee würden diese Truppen allerdings nicht genügen, sie könnten aber auch in diesem Falle den Vormarsch der Rumänen verzögern.

Der ungarische Ministerpräsident erklärte sich mit dieser Erklärung befriedigt und betonte, daß die ungarische Regierung ihrerseits für eine Verstärkung der Gendarmerie in Siebenbürgen Vorsorge treffen und im Ernstfalle einen königlichen Kommissär dahin ernennen würde, der mit dem Oberkommandanten der Truppen einvernehmlich vorgehen würde, um die Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten; in Siebenbürgen werde sofort nach der Mobilisierung der Ausnahmestand verhängt werden.

Hierauf ersuchte er die Anwesenden, den Beschluß



zu fassen, von dem er die Zustimmung der ungarischen Regierung zur ganzen Aktion abhängig machen müsse. Der Ministerrat hätte nämlich noch einstimmig auszusprechen, daß mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne für die Monarchie verknüpft seien und daß dieselbe bis auf aus militärischen Gründen gebotene Grenzberichtigungen kein Stück von Serbien annectieren wolle. Er müsse unbedingt darauf bestehen, daß ein solcher einstimmiger Beschluß gefaßt werde.

Graf B e r c h t o l d erklärte, daß er sich dem Standpunkte des ungarischen Ministerpräsidenten nur mit einer gewissen Reserve anschließen könne. Auch er sei der Ansicht, daß, wie die politische Lage jetzt sei, wir, im Falle wir in einem Kriege mit Serbien den Sieg davontragen, von diesem Lande nichts annectieren, sondern trachten sollten, es durch möglichst große Abtretung von serbischen Gebieten an Bulgarien, Griechenland und Albanien, eventuell auch Rumänien, so zu verkleinern, daß es nicht mehr gefährlich sei. Die Situation am Balkan könne sich aber ändern, und man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß es uns am Ende des Krieges wegen der dann vorhandenen Verhältnisse nicht mehr möglich sein werde, nichts zu annectieren.

Der ungarische Ministerpräsident erwiderte, er könne die Reserven des Grafen B e r c h t o l d nicht gelten lassen und müsse mit Rücksicht auf seine Verantwortlichkeit als ungarischer Ministerpräsident darauf bestehen, daß sein Standpunkt einstimmig von der Konferenz angenommen werde. Er stelle dieses Verlangen nicht nur aus Gründen der inneren Politik, sondern insbesondere auch, weil er überzeugt sei, daß Rußland sich à outrance zur Wehr setzen müßte, wenn wir auf der vollständigen Vernichtung Serbiens bestehen würden, und weil er glaube, daß eines unserer stärksten

Atouts, um unsere internationale Situation zu verbessern, darin bestehen würde, daß wir möglichst bald den Mächten erklären, keine Gebiete annectieren zu wollen.

Der Minister des Äußern antwortet, ohnedies die Absicht zu haben, diese Erklärung in Rom abzugeben.

Der Ministerrat beschließt, daß sofort bei Beginn des Krieges, den fremden Mächten erklärt werde, daß die Monarchie keinen Eroberungskrieg führt und nicht die Einverleibung des Königreiches beabsichtigt. Natürlich sollen strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die Verkleinerung Serbiens zugunsten anderer Staaten sowie eventuell notwendige vorübergehende Besetzungen serbischer Gebietsteile durch diesen Beschluß nicht ausgeschlossen werden.

## VII.

Das Ultimatum wurde am 23. nachmittags in Belgrad überreicht.

Am 24. erstattete Graf Tisza von diesem Schritte dem ungarischen Abgeordnetenhaus Bericht, und erklärte, daß „er den heutigen Zustand am allerwenigsten als einen kriegerischen oder als einen solchen, daß er notwendigerweise die Gefahr eines Krieges heraufbeschwören würde, betrachte. Die Monarchie sucht den Frieden, wünscht den Frieden und trachtet, den Frieden selbst inmitten der oftmals kritischen und die Monarchie nahe interessierenden Wendungen der an ihren Grenzen ablaufenden Weltereignisse aufrechtzuerhalten. Niemand kann uns beschuldigen, daß wir Krieg suchen, aber wir sind natürlich über sämtliche Konsequenzen dieses Schrittes im reinen und der Überzeugung, daß wir eine gerechte Sache vertreten“.

Die Mitglieder der Majorität erhoben sich von ihren

Sitzen und brachen in minutenlangen Beifall, Händeklatschen und Eljen-Rufe aus.

Graf Andrassy gab dann im Namen der verbündeten Opposition die Erklärung ab, daß sie ungeachtet „des großen Gegensatzes, der sie von der Regierung trennt und der leider unverändert weiter verbleibt, ihre patriotische Pflicht in allem erfüllen wird. Die Opposition erwartet und hofft, daß jeder Ungar diesem Beispiele folgen und nicht vergessen wird, daß die Ehre der ungarischen Nation und ihre Lebensinteressen auf dem Spiele stehen“.

Als dann auf die unbefriedigende Antwort Serbiens am 28. die Kriegserklärung erfolgte, konstatierte Tisza „mit Begeisterung und Stolz“ „die gehobene Seelenstimmung, die sich ohne Unterschied der Nationalität in allen Kreisen der Nation“ „für den ihr aufgezwungenen Krieg“ kundgibt, zu welchem sie sich „mit viel zu weit getriebener Friedensliebe und nach Erschöpfung aller Versuche entschlossen hat“.

Im Namen sämtlicher oppositioneller Parteien begrüßte Graf Apponyi die Kriegserklärung mit den Worten, welche auf den Lippen der gesamten Bevölkerung schweben: „Nun endlich!“

Es kann demnach nicht geleugnet werden, daß die Kriegserklärung sowohl im Parlamente als auch in allen Teilen des Landes mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Aber diese Tatsache findet in zwei Motiven ihre Erklärung. Erstens, in der auch vom Grafen Apponyi ausgedrückten Überzeugung, daß die Abrechnung mit Serbien „unvermeidlich und nicht als Offensive, sondern als Erfüllung einer elementaren Pflicht zu betrachten sei“. Zweitens darin, daß Parlament und Nation von der Regierung betreffs der diplomatischen Lage planmäßig im Unklaren gelassen wurden.

Einige Monate vor dem Ausbruch des Weltkrieges verkündete Graf B e r c h t o l d in den österreichischen und ungarischen Parlamentsdelegationen, „daß eine Periode fühlbarer Beruhigung in den internationalen Beziehungen eingetreten sei, wobei in den Balkanstaaten die friedliche Regenerierungsarbeit der weiteren Ausgestaltung ihrer Beziehungen zur Monarchie förderlich sein werde; seine Zusammenkunft mit dem italienischen Minister des Äußern habe in ihnen die Überzeugung gefestigt, daß die im Orient eingetretenen Wandlungen neue Interessengemeinschaften zwischen den beiden Alliierten begründet haben; in den Beziehungen der zwei Mächtegruppen sei eine Entspannung eingetreten; England sei bestrebt, Gefahren, die den europäischen Frieden bedrohen könnten, vorzubeugen; bei den ausgesprochen friedlichen Tendenzen der Politik des Zarenreiches könne Österreich-Ungarn einer weiteren vertrauensvollen Ausgestaltung seiner Beziehungen entgegensehen“.

Die Völker konnten unmöglich ahnen, daß seine auf die Vergangenheit gestützten Voraussetzungen, seine auf die Gegenwart bezüglichen Feststellungen sowie alle seine in die Zukunft blickenden Erwartungen, ohne Ausnahme, unrichtig und unbegründet gewesen sind<sup>25</sup>).

Gewiß, wenn im ungarischen Parlamente bekannt gewesen wäre, daß im Falle eines Krieges mit Serbien Rumänien bereit sei, in Siebenbürgen einzumarschieren, Italien und England sich unseren Gegnern anschließen werden — von den Vereinigten Staaten Nordamerikas gar nicht zu reden — wäre es unmöglich geworden, die Majorität des Abgeordnetenhauses für die kriegerische Politik zu gewinnen.

T i s z a s Hoffnung, daß der auf seinen Vorschlag im gemeinsamen Ministerrate durchgesetzte Beschluß, laut dessen die Regierung erklären werde, auf Annektierung serbischen Gebietes Verzicht zu leisten, auf die Stellung

der europäischen Mächte einen der Monarchie günstigen Einfluß ausüben werde, ging nicht in Erfüllung; sie wurde von dem Grafen B e r c h t o l d vereitelt.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Sankt Petersburg rechnete sogar darauf, daß eine solche Erklärung selbst die russische Regierung beeinflussen könnte, und richtete die Frage an den Grafen B e r c h t o l d: wann er zur Verwertung des Momentes des territorialen Desinteresses ermächtigt werde. Die Antwort gab ihm die Weisung, diese Frage vorläufig nicht zu berühren.

Als aber Kaiser Franz Josef in dem Berichte des Botschafters die Frage bemerkte, ließ er mittels des Kabinettdirektors dem Minister mitteilen, daß seiner Ansicht nach dem Botschafter die Ermächtigung erteilt sollte werden.

Dann erst, am 27. Juli, ging die Ermächtigung nach St. Petersburg ab, jedoch in einer Form, die vom Vorschlage T i s z a s und vom Beschlusse des Ministerrates eine wesentliche Abweichung zeigte. Dieser Beschluß war nämlich bedingungslos gehalten; der Minister aber ermächtigte den Botschafter zu der Erklärung, daß die Monarchie, „solange der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe, keinerlei territoriale Eroberungen beabsichtige“. Infolge der Einschlebung dieser Bedingung verlor die Erklärung den Charakter eines Zugeständnisses und erhielt den einer verletzenden Drohung. Sie erhielt nämlich nun den Sinn, daß, wenn Rußland interveniert, im Kriege besiegt wird und Österreich-Ungarn die Friedensbedingungen diktieren kann, die Monarchie auf serbischem Gebiete territoriale Eroberungen ja beabsichtige.<sup>26)</sup>

Den Fehler korrigierte die deutsche Regierung, indem sie mittels ihres Botschafters Rußland versicherte,

ihr Bundesgenosse denke nicht an Erwerbungen am Balkan wo sie auch die Garantie des Deutschen Reiches anbot.<sup>27)</sup>

Schon drei Tage nach der Kriegserklärung mußte T i s z a zum letzten Versuch, den europäischen Frieden zu retten, Stellung nehmen.

Der deutsche Botschafter in Wien hat am 30. Juli im Auftrage des Reichskanzlers Mitteilung gemacht, der englische Staatssekretär hätte, auf Anregung des russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, eine Vermittlung der vier nichtinteressierten Großmächte zwischen Österreich-Ungarn und Serbien vorgeschlagen, unter der Voraussetzung, daß die Feindseligkeiten beiderseits vorläufig eingestellt würden; Sir Edward Grey sprach die Hoffnung aus, Österreich-Ungarn Genugtuung zu verschaffen, da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und mit Zustimmung Rußlands genötigt würden, sich den Wünschen Österreich-Ungarns zu unterordnen; der Reichskanzler sei nun der Ansicht, daß, wenn diese Vermittlung abgelehnt wird, Österreich-Ungarn einer Koalition von ganz Europa gegenüberstehen würde, da auch Italien und Rumänien nicht mit ihnen gingen; das deutsche Kabinett müsse demnach dringendst und nachdrücklichst der k. u. k. Regierung raten, die Vermittlung Englands anzunehmen: da es ungemein schwer wäre, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen.

Graf Berchtold erklärte Herrn v. T s c h i r s c h k y, daß die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien nun schon unmöglich sei; aber er könne allein nicht die Entscheidung treffen und müsse hierüber die Befehle des Monarchen einholen, dann die Angelegenheit im Ministerrate besprechen.

Der Kaiser schloß sich betreffs der Einstellung der Feindseligkeiten der Meinung des Ministers an, und ge-

nehmigte auch den Vorschlag, daß das Wiener Kabinett es zwar sorgsam vermeide, den englischen Antrag in meritorischer Hinsicht anzunehmen, aber in der Form der Antwort Entgegenkommen zeige.

Graf B e r c h t o l d sendete gleichzeitig nach Budapest die Einladung zu der auf den nächsten Tag einberufenen gemeinsamen Ministerkonferenz.

Er berichtete hier, er beabsichtige zwar auf den englischen Vorschlag in sehr verbindlicher Form zu antworten, aber dessen Annahme an die Bedingung zu knüpfen, daß die kriegerischen Operationen gegen Serbien fortgesetzt, die Serbien gestellten Forderungen integral angenommen werden und die russische Mobilisation eingestellt werde.

Graf T i s z a schloß sich der Ansicht und dem Vorschlage des Ministers an; er vertrat auch die Meinung, daß es verhängnisvoll wäre, auf das Meritum des englischen Vorschlages einzugehen; die Kriegsoperationen gegen Serbien müßten jedenfalls ihren Fortgang nehmen, und es sei fraglich, ob man die neuen Forderungen an Serbien schon jetzt den Mächten bekanntgeben soll; er würde demnach vorschlagen, die englische Anregung dahin zu beantworten, daß die Monarchie prinzipiell bereit wäre, derselben näherzutreten, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Operationen gegen Serbien fortgesetzt und die russische Mobilisation eingestellt werde.

Der österreichische Ministerpräsident nannte T i s z a s Vorschlag „den richtigen“, der gemeinsame Finanzminister als „außerordentlich geschickt“. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und festgestellt, daß prinzipielle Geneigtheit bestehe, auf den englischen Vorschlag unter den zwei vom Grafen T i s z a aufgestellten Bedingungen einzugehen.<sup>28)</sup>

Die diesbezügliche Mitteilung des Ministers des

Äußern wurde am 1. August nach Berlin expediert. Es war aber schon zu spät als sie dort eintraf und mußte erfolglos bleiben. Inmitten des Kriegslärms, mit dem die in Rußland und in Deutschland verfügte allgemeine Mobilisierung Europa erfüllte, verstummte die Sprache des Friedens.

## VIII.

Indessen widmete sich Tisza mit der höchsten Energie seiner neuen Aufgabe: den glücklichen Ausgang des Krieges vorzubereiten und zu sichern. Doch bald erlitt er die erste große Enttäuschung. Im August 1914, schlug der schmachvolle Ausgang der in Serbien unternommenen Offensive eine tiefe Wunde in seine Seele. Er beeilte sich, um ähnlichen Katastrophen vorzubeugen, in seinem am 23. August verfaßten Vortrag einen ernsten Mahnruf an den Monarchen zu richten.

„Er ist sich dessen bewußt, daß er sich eventuell der Mißbilligung seitens seines Monarchen aussetze; die Zeiten sind aber viel zu ernst, als daß ihn die Rücksicht auf diese allerdings sehr schmerzhafteste Möglichkeit im treuen Dienste aufhalten könnte. Es liege ihm fern, den Soldaten zu spielen, aber die großen Züge der Kriegsführung schneiden so tief in das Leben und Schicksal des ganzen Staates, daß es für den für die allgemeine Leitung verantwortlichen Ratgeber der Krone unmöglich ist, sich von diesen Fragen zu desinteressieren.

Unser Angriff in Serbien hat wieder einmal glänzende Beweise der Tapferkeit und Zähigkeit unserer Truppen geliefert und uns in dem Bewußtsein gestärkt, daß man mit solchen Truppen beim ersten Echee nicht verzagen, sondern unentwegt weiterkämpfen soll. Auch er würde ein Überschätzen dieser allerdings sehr unglück-



lichen Episode für einen großen Fehler halten, es sind aber Wahrnehmungen gemacht worden, deren Außerachtlassung die Wiederholung derselben Fehler am großen Kriegsschauplatze und dadurch katastrophale Folgen nach sich ziehen könnte.

Es wurden Frontalangriffe gegen feste Stellungen bei Vernachlässigung des Sicherungsdienstes und der Vorbereitung durch Artillerie gerichtet, welche zwar mit Todesverachtung ausgeführt wurden, aber unverhältnismäßige Opfer an Menschenleben kosteten. Andererseits wurde die Offensive mit voneinander weit entfernten Kolonnen ausgeführt, so daß wir in Schabatz-Losnicza einem überlegenen Gegner gegenüberstanden, während die ganze VI. Armee weit im Süden marschierte und gar nicht zur Verwendung kam. Dem ist die sehr ernste Lage auf dem südlichen Kriegsschauplatz zu verdanken. Es braucht selbst im besten Falle geraume Zeit, bis die VI. Armee eine Wirkung auf die dortige Lage ausüben kann. In dieser ernsten Lage wäre es dringend notwendig, daß einer der tüchtigsten Heerführer mit ganzer Vollmacht zum Befehlshaber aller im Süden kämpfenden Truppen ernannt und ihm die Weisung gegeben würde, eine möglichst rasche Konzentrierung aller verfügbaren Streitkräfte gegen die serbische Hauptmacht auszuführen und eine serbische Offensive zu verhindern. Andererseits müßten strikte Befehle gegeben werden, unnütze Blutopfer zu vermeiden, Angriffe entsprechend vorzubereiten und mit vorerst konzentrierten Kräften anzugreifen.“

Tisza beschwört den Monarchen, diese Zeilen einer objektiven Überlegung zu würdigen. Es ist dies die Bitte eines für Thron und Vaterland bis in das Tiefste seiner Seele besorgten treuen Dieners, welcher nicht verzagt, nicht verzweifelt, aber sich um Abwendung großer Gefahr an seinen ehrfurchtsvoll geliebten Herrscher wende.



„In den lebenden Kräften der Armee und der Bevölkerung liegen alle Elemente des Sieges. Von diesen Kräften jedoch sind durch fehlerhafte Führung schon edle Schätze nutzlos vergeudet worden, und es kann in dieser Weise alles verlorengelassen, wenn ein Machtwort des Allerhöchsten Kriegsherrn nicht bessere Ordnung schafft.“<sup>29)</sup>

Nachdem es im Munde Tiszas voller Ernst und keine Phrase gewesen ist, daß das Kriegsziel der Monarchie nichts anderes sein dürfe als die Sicherung ihrer Integrität und Ruhe, war es eine logische Folge, daß er bereit war, für einen Friedensschluß einzutreten, wenn dieser die entsprechenden Garantien zu bieten vermochte. Selbstverständlich hielt er dafür den Zeitpunkt dann am geeignetsten, wenn die Kriegslage für die Zentralmächte eine günstige Gestaltung annahm.

Dies war der Fall im Herbst 1915. Er begab sich demnach nach Berlin, um Kaiser Wilhelm zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu bestimmen. Er berichtete darüber am 4. Dezember seinem Monarchen folgendermaßen:

„Mit Bezug auf meine Unterredung mit seiner Majestät dem Deutschen Kaiser sehe ich mich verpflichtet, ohne die Gelegenheit der nächsten Audienz abzuwarten, alleruntertänigst zu melden, daß ich als Folge der letzten günstigen militärischen Ereignisse nicht ohne Besorgnis eine Stimmung und Auffassung konstatieren mußte, welche Kaiser Wilhelm zu einer Unterschätzung der Kraft unserer Gegner und der unser noch harrenden Schwierigkeiten und Gefahren uns zu Entschlüssen bewegen könnte, die die Möglichkeit, einen vorteilhaften Frieden zu schließen, noch weiter hinauschieben würden.

Dieser Optimismus scheint mir um so weniger be-

rechtigt, da ich aus manchen Äußerungen Kaiser Wilhelms den Schluß ziehen zu müssen glaube, daß auf einen Durchbruch der Westfront und einen entscheidenden Sieg in Frankreich auf absehbare Zeit keine Aussicht vorhanden ist und somit die einzige Möglichkeit entfällt, wenigstens einen unserer Hauptfeinde auf die Knie zu bringen.

Eine noch so erfolgreiche Defensive auf den beiden Hauptkriegsschauplätzen kann den Zwang, Frieden zu schließen, bei unseren Feinden nicht erzeugen, und es hängt in erster Reihe von der Mäßigung unserer Kriegsziele und Absichten ab, ob unter dem Eindrucke unserer Erfolge auf anderen Kriegsschauplätzen die Absicht, Frieden zu schließen, bei der Entente heranreifen wird oder nicht. Eine Wahrheit, die wir um so weniger außer acht lassen dürfen, da trotz aller Heldentaten und glänzenden Erfolge das Erschöpfungsmoment früher bei uns eintreten muß als bei dem Feinde.

Ich habe mich wohlweislich gehütet, die Frage in einer Weise zu behandeln, welche speziell auf unsere Kriegsmüdigkeit oder Schwäche schließen lassen würde und zu unliebsamen Vergleichen zwischen unserer Kraft und derjenigen des Deutschen Reiches Anlaß gegeben hätte, trachtete jedoch Seine Majestät auf eine richtigere Einschätzung der feindlichen Reserven und der Zähigkeit des englischen Kriegswillens zu bringen, leider ohne einen wesentlichen Erfolg erreicht zu haben.

Jedenfalls glaube ich auf die Notwendigkeit eines sehr regen, intimen Kontaktes mit den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik hinweisen zu müssen, damit eine dauernde Einwirkung im Sinne der Mäßigung auf Kaiser Wilhelm erfolge.

Die berauschende Wirkung unserer letzten Erfolge hat sich auch in den Äußerungen Höchstdesselben in bezug auf den Balkan gezeigt.

Bezüglich der Grundanschauungen Kaiser Wilhelms habe ich nur mit Freude den Umschwung konstatieren können, den dieselben in unserem Sinne zu verzeichnen haben, und konnte die schwungvolle Parteinahme für Bulgarien und dessen dauernden Anschluß an die Zentralmächte sowie die verachtungsvoll ab sprechende Beurteilung Rumäniens, welches nur durch die Furcht vor uns und Bulgarien in unseren Interessenkreis zurückgebracht und dort behalten werden könne, mit einer gewissen Genugtuung in demselben Raume anhören, in dem knapp anderthalb Jahre vorher die ersten Versuche gemacht wurden, Seine Majestät von dem entgegengesetzten Standpunkte auf diese richtige Einschätzung der Balkanlage hinüberzugewinnen.

Auch war die Idee eines serbischen Sonderfriedens, verknüpft mit Auslieferung Albaniens an Serbien, ganz verschwunden, welche noch vor wenigen Wochen, selbst nach der entscheidend günstigen Wendung des serbischen Kriegszuges nicht nur von den Diplomaten, sondern auch von General Falkenhayn nachdrücklich vertreten wurde. Im Gegenteil wurde mir in der gewohnten beredten Weise Seiner Majestät auseinandergesetzt, daß nur eine vollständige Auflösung Serbiens und die Annexion des übrigbleibenden Teiles desselben eine befriedigende Lösung des serbischen Problems bilden könne.

Durch die nachdrucksvolle Stellungnahme für einen die Lebensinteressen der Monarchie so nahe berührenden Vorgang sehe ich mich veranlaßt, diesem Gegenstande näherzutreten und um die allergnädigste Erlaubnis Euer Majestät zu bitten, meine diesbezüglichen Ansichten alleruntertänigst unterbreiten zu dürfen.

Ich glaube hierbei als bereits feststehend voraussetzen, daß Serbien die an Bulgarien versprochenen

östlichen und südlichen Teile verlieren und durch die Annexion unsererseits seines Nordwestwinkels von der Save und Donau gänzlich abgeschnitten sein werde.

Es würde mir hierbei ein Gebiet vorschweben, dessen Südwestgrenze, von der mittleren Drina ausgehend, sich unweit der Donau an die neue bulgarische Moldawagrenze anschließen würde, wobei die militärischen Rücksichten auf eine günstige strategische Linie selbstredend berücksichtigt würden, jedoch getrachtet werden sollte, das von uns zu erobernde Gebiet nicht allzu groß zu bemessen und hauptsächlich auf die fruchtbaren Flußniederungen zu beschränken.

Eine dritte Verkleinerung hätte Serbien durch Abtretung der ihm im Londoner Protokoll zugewiesenen albanischen Gebiete zu erleiden. Albanien hätte die ihm weggenommenen wichtigen albanischen Gebiete sowohl von Montenegro als auch von Serbien zurückzuerhalten und würde damit die wirtschaftlichen und ethnographischen Vorbedingungen einer nationalen Entwicklung wiederbekommen.

Verbunden mit der Absperrung Montenegros von der Adria und der damit hergestellten territorialen Kontinuität zwischen Albanien und der Monarchie müßte dem albanischen Volke die Probe selbständiger nationaler Existenz gestattet werden.

Mit ganzem Nachdruck muß ich gegen die Illusion Stellung nehmen, als wenn die Einverleibung aller Serben in die Monarchie den russischen Machenschaften und den monarchiefeindlichen serbischen Umtrieben ein Ende setzen würde und man schlimmstenfalls durch die Opferung des ungarischen Nationalstaates wenigstens einen dauernden Anschluß des Serbentums an die Monarchie erreichen könnte . . . Die Vereinigung aller Serben unter dem Szepter eines Herrschers, die Vergrößerung des Gewichtes des serbischen Elementes gegenüber den

anderen Volksstämmen, die Schaffung einer großen Majorität von orthodoxen Serben gegenüber den Kroaten, wären lauter fördernde Momente der großserbischen Agitation. Ein jedes dem Nationalismus gemachte Zugeständnis wäre eine neue Waffe im Kampfe um das Endziel: die Lostrennung von der Monarchie . . .

Mit diesen Ausführungen glaube ich den Beweis geführt zu haben, daß der meinerseits vorgeschlagene Weg vom Standpunkte der eigenen Interessen der Monarchie der richtigere ist . . . und aller Wahrscheinlichkeit nach der allein gangbare ist.

Die Verstümmelung des serbischen Staates . . . wird sich Rußland gewiß sehr schwer gefallen lassen. Die gänzliche Annexion Serbiens wäre ein Schlag und eine Demütigung für die russische Politik, welche Rußland, ohne eine völlige Niederlage erlitten zu haben, kaum jemals zugeben wird — eine völlige Niederlage, welche gewiß nicht zu den wahrscheinlichen Ereignissen gehört.

Wollen wir uns nicht in die Notlage versetzen einen Krieg à outrance mit Rußland durchzufechten, wollen wir den Weg zu einem ehrenvollen und vorteilhaften Frieden nicht verlegen, so müssen wir uns hüten Kriegsziele bezüglich Serbiens auszustecken, welche sowohl über die gebotene Rücksicht auf die eigene Sicherheit, wie über die militärischen Wahrscheinlichkeiten unseres heldenhaften Ringens mit der uns umfassenden Übermacht weit hinausgehen.“<sup>30)</sup>

Drei Wochen später sandte er eine zweite Denkschrift nach Wien. In dieser führt er aus, daß die Stellungnahme bezüglich der Kriegsziele in erster Reihe von der militärischen Situation bedingt sei; demzufolge müsse er mit dem höchsten Nachdrucke auf den Umstand hinweisen, daß nach allen glänzenden Taten und Erfolgen unserer Truppen die Gesamtsituation doch nicht eine der-

artige sei, bei welcher von einer Nötigung unserer Feinde zum Frieden und von einer Aufnötigung unseres Willens auf dieselben die Rede sein könnte.

„Von einem vollständigen Erfolg kann eigentlich nur am Balkan gesprochen werden; auch dort erst nach Vertreibung der Entente aus Saloniki. Die glänzenden Siege in Rußland haben uns zwar in den Besitz eines ansehnlichen feindlichen Gebietes gesetzt, anderseits jedoch den klaren Beweis geliefert, daß auf eine Vernichtung der russischen Kriegsmacht und auf einen Stoß bis ins Herz des Gegners nicht gedacht werden kann.

Nach all den diesbezüglich erhaltenen Eindrücken müsse man die Chancen einer siegreichen Offensive in Frankreich für sehr mäßig veranschlagen und eigentlich nur das feste Erhalten des jetzigen Besitzstandes in unser Kalkül einstellen. Somit müsse auch der Gedanke, Frankreich auf die Knie zu bringen, aufgegeben werden, von England gar nicht zu reden, bei welchen dies sowieso außer dem Bereich der Möglichkeiten liegt.

Dem über alles Lob stehenden Heldenmut unserer Truppen gelang es bisher, den italienischen Angriff aufzuhalten; die militärischen Voraussetzungen unserer Offensive in Italien scheinen jedoch noch nicht vorhanden zu sein, wobei nicht außer acht gelassen werden sollte, daß die Voraussetzungen eines, den durchlebten Gefahren, gebrachten Opfern, dem Prestige und dem Interesse der Monarchie entsprechenden Friedens solange fehlen werden, bis wir das italienische Heer nicht im Offensivkampfe geschlagen haben und auf italienischem Boden siegreich vordringen.

Schließlich erscheinen durch die aufgezählten, beinahe ausschließlich defensiven Aufgaben unsere Kampfmittel so sehr in Anspruch genommen, daß der Gedanke eines jeden Zuwachses neuer Kräfte bei unseren Feinden

die größte Besorgnis bei unserer Heeresleitung auslösen muß.

Es soll nur auf die große Bedeutung hingewiesen werden, welche unsere kompetenten militärischen Stellen der Haltung Rumäniens beimessen. Es mag die Entwicklung am Balkan der Eintritt Bulgariens in unsere Machtgruppe, die Herstellung der Verbindung mit der Türkei und die Vernichtung der serbischen Armee diesbezüglich eine Veränderung herbeigeführt haben. Noch vor nicht langer Zeit haben wir von militärischer Seite dem Wunsche begegnet, die Teilnahme Rumäniens an unserer Seite mit allen Mitteln, selbst um den Preis schwerer Opfer zu erreichen.

Die Gesamtlage läßt sich also dahin zusammenfassen, daß wir unseren Hauptfeinden gegenüber im Westen, wie im Osten, Eroberungen gemacht und dieselben in einer guten Defensivstellung ziemlich sicher in der Hand behalten, daß wir jedoch für weitere Offensivzwecke wenig Kraft zur Verfügung haben und auf einen vollständigen, vernichtenden Sieg über unsere Hauptgegner gar nicht denken können.

Es gereicht zum unvergeßlichen Ruhme unserer Armee, der uns angreifenden Übermacht gegenüber so viel erreicht zu haben. Ein Zustand, welcher uns ein Ausstecken und Erreichen von Kriegszielen nach Gutdünken erlauben würde, ist dies gewiß nicht.

Nach dem Kampfe, den er während der schwersten Erprobungen gegen jeden kleinmütigen Pessimismus geführt habe, glaube er sich berechtigt, jetzt vor einem Optimismus zu warnen. Wir müssen unsere Kräfte schonen und in nicht allzu langer Zeit zum Frieden gelangen, sonst stellt sich eine derartige Erschöpfung an Menschenmaterial und wirtschaftlichen Kräften ein, welche, wenn nicht unseren Untergang in diesem Kriege, so doch unsere dauernde Lahmlegung nach dem-



selben und die Gefährdung unserer Zukunft zur Folge haben.

Diesen Frieden können wir dem Feinde nicht a u f n ö t i g e n. Wir können nur durch weitere militärische Erfolge eine Situation schaffen, bei welcher der Feind ü b e r z e u g t wird, daß eine Fortsetzung des Kampfes zwecklos wäre und der Friede im eigenen Interesse liegt.

Diese Überzeugung hängt im großen Maße von unseren Friedensbedingungen ab. Es wird im gegebenen Zeitpunkte zu einem Kompromisse zwischen unseren Wünschen und der Auffassung des Feindes kommen müssen und müssen wir darauf gefaßt sein, unsere Wünsche auf das Maß des Erreichbaren zu beschränken. Er müsse darauf hinweisen, daß bei Bekundung unserer A n n e x i o n s w ü n s c h e die größte Vorsicht am Platze sei, denn es würde ein solches Verhalten bezüglich der Gebiete, die wir am Ende doch genötigt sind, dem Feinde zurückzugeben, mit den schwerwiegendsten Folgen sowohl für unsere Freunde in der dortigen Bevölkerung, als für das Prestige der Monarchie verbunden sein.“

Mit dem größten Nachdrucke nimmt er Stellung gegen den Plan der Annexion Serbiens. In dieser Beziehung decken sich die Machtinteressen der ganzen Monarchie mit dem wohlverstandenen ungarisch-nationalen Gesichtspunkt. Die Existenz des ungarischen Nationalstaates ist ganz und gar mit der Großmachtstellung der Monarchie verwachsen; andererseits kann auch diese Großmachtstellung ohne ihre sicherste Stütze, die lebendige Kraft des ungarischen Staates, gar nicht gedacht werden. Will man die ganze Struktur der Monarchie ihrer stärksten Seite nicht berauben und innere Komplikationen und Gefahren nicht heraufbeschwören, so darf man diese Gesichtspunkte bei den auf Serbien bezüglichen Entscheidungen nicht außer acht lassen.

Der Behauptung, als wäre die Einverleibung aller Serben in die Monarchie die einzige wirksame Beseitigung der serbischen Gefahr, scheint ein doppelter Irrtum zu grunde zu liegen: einestheils, daß die großserbische Gefahr wirklich beseitigt und andererseits, daß man das ein gesondertes Staatsleben führende Serbentum nicht in die Gravitationsosphäre der Monarchie einbeziehen und für dieselbe unschädlich machen könnte.

Daß die Einverleibung uns feindlich gesinnter Volksstämme nicht das Aufhören ihrer feindlichen Gesinnung bedeutet, bedarf wohl keiner Beweisführung. Die neuere und neueste Geschichte der Monarchie ist ja viel zu reich an diesbezüglichen Erfahrungen. Der so oft geäußerte Ausspruch: die Monarchie sei territorial saturiert, war keine Phrase. Sie entsprang der weisen Einsicht unserer bedeutsamsten Staatsmänner und brachte die Wahrheit zum Ausdruck, daß das Verhältnis der zentrifugalen Kräfte zu den zentripetalen in der Monarchie sowieso ein recht ungünstiges sei und die Vermehrung der ersteren nicht recht vertragen könne.

An dieser richtigen Einschätzung dürfen uns die ruhmvollen Ereignisse dieses Krieges nicht beirren. Auch dieser Krieg hat trotz mancher erhebender Erlebnisse den ganzen Ernst der Situation aufgedeckt. In dem bangen Rufe der Deutschen Österreichs um Verstärkung ihrer Stellung, in dem Gefühle des Unbehagens, welches diese Kreise beim Gedanken auf Erwerbung polnischer Gebiete erfaßt, kommt die richtige Einsicht zutage, daß die unter den Tschechen herrschenden Strömungen sowie die vielfach zerrütteten Zustände Galiziens eine starke Belastungsprobe für die Deutschen, die von österreichisch-staatlicher Gesinnung und von österreichischem Patriotismus getragenen Elemente bedeuten und dieselbe vor eine Aufgabe stellen, deren

Lösung nur mit zielbewußtem Einsehen und möglichster Anstrengung aller staatserhaltenden Kräfte gelöst werden kann, so daß ein Hinzufügen größerer, der Monarchie gleichgültig gegenüberstehender polnischer Elemente überhaupt nur vertragen werden kann, falls die Position der mit Leib und Seele an dem Staat hängenden Elemente im alten Österreich möglichst gestärkt wird.

Einer Mehrbelastung durch die Zuweisung neuer staatsfeindlicher Elemente im Süden wäre diese gewiß nicht gewachsen und es würde ein solches Experiment mit den kläglichsten Folgen für die gesamten Verhältnisse im österreichischen Staate verbunden sein.

Unter diesen Umständen fällt der Schwerpunkt der serbischen Frage auf die Länder der ungarischen Krone, wobei nur ein harmonisches Zusammenarbeiten von Ungarn und Kroatien den Erfolg verbürgen kann. Bei einer feindseligen Stellungnahme des Kroatentums wäre Ungarn nicht stark genug, um das ganze Serbentum zu verdauen, während die Überweisung aller Serben an Kroatien die Auslieferung des kroatischen Stammes an die serbische Majorität und das Aufgehen desselben im Serbentum im Laufe weniger Dezennien zur sicheren Folge hätte. Es ist eine absolute Lebensbedingung für das Kroatentum, sich im Kampfe gegen das Großserbentum an Ungarn anzulehnen, um nicht mehr Serben in sich aufzunehmen, als es bewältigen kann, und es wäre vom Standpunkte der ganzen Monarchie, wie vom ungarischen und kroatischen Gesichtspunkte nichts törichter, als alte Gegensätze zwischen Ungarn und Kroaten ausspielen zu wollen, gerade jetzt, wo ein Problem an die Türe pocht, welches nur mit vereinten Anstrengungen jener beiden zu lösen ist.

Wollen wir das Serbentum in Bosnien, Kroatien und Südungarn in patriotischem Sinne wirksam beein-

flussen und eine dauernde wesentliche Besserung der dortigen Situation herbeiführen, so haben beide damit vollauf zu tun. Eine Einverleibung mehrerer Millionen Einwohner Serbiens und Montenegros würde uns vor eine unmögliche Aufgabe stellen, eine innere Zerrüttung der Monarchie anbahnen, nicht einen Kräftezuwachs, sondern eine Verminderung und Lähmung unserer lebendigen Macht bedeuten und die Zukunft der Monarchie kompromittieren.

Im Gegensatz zu dieser, mit katastrophalen Folgen schwangeren Politik könnte man die zurückbleibenden Reste Serbiens und Montenegros in einer Weise ausgestalten, welche der Monarchie die Handhabe bieten würde, den Kampf gegen feindliche Strömungen selbst mit Erfolg aufzunehmen.

Die Annexion Serbiens würde sich geradeso als unbedingtes Hindernis des Friedens erweisen als diejenige Belgiens, und es muß die Monarchie geradeso sich mit einer Lösung abfinden, welche Serbien eine gewisse staatliche Existenz einräumt, als es bezüglich Belgiens für das deutsche Volk der Fall ist<sup>31)</sup>."

Diese weisen Auseinandersetzungen erzielten nicht die erhoffte Wirkung.

\*            \*            \*

Der ungarische Geschichtschreiber dieser traurigen Zeit muß, dem Gebote der rücksichtslosen Objektivität gehorchend, feststellen, daß Graf T i s z a einen verhängnisvollen, man möchte sagen einen unverzeihlichen Fehler beging, indem er, weder vor noch nach dem Kriegsausbruch, beim Scheitern seiner Friedenspolitik seine Stelle am Steuer des Staatsschiffes nicht demonstrativ verließ. An der Spitze einer mächtigen Opposition hätte er die Entstehung oder die Fortsetzung des Krieges

wahrscheinlich verhindern können. Für Staatsmänner sind sowohl bezüglich ihres Regierungsantrittes als auch ihres Rücktrittes undiskutable ethische Prinzipien gültig, die ein Transigieren verbieten. Die Geschichte wird in ihrem Urteile den seitens des von ihm aufrichtig „geliebten“ Herrschers an seine Treue und seinen Patriotismus gerichteten Appell kaum als mildernden Umstand in Betracht ziehen.

Andererseits kann der Verfasser dieser Arbeit nicht umhin, der tiefgefühlten Rührung Ausdruck zu verleihen, über die versöhnende Tragik von Tiszas Geschick, da er eben beim Abschlusse des Weltkrieges, verkannt als „Kriegstreiber“, meuchelmörderischem Attentate zum Opfer fiel.

---



## Anmerkungen.

(Das in der Vorrede erwähnte Buch des Dr. Roderich Gooss wird einfach mit dem Namen des Verfassers zitiert. Wo „Aktenstücke“ zitiert werden, sind gemeint „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch.“ Wien 1919. Staatsdruckerei.)

<sup>1)</sup> Der am 15. März 1914 verfaßte Vortrag. Im Kabinettsarchiv.

<sup>2)</sup> Dies kann aus dem am 1. Juli verfaßten Vortrag Tizsas festgestellt werden.

<sup>3)</sup> Es ist nicht bekannt, in welcher Weise der deutsche Kaiser Serbien gegenüber „Eingenommenheit“ manifestiert hätte.

<sup>4)</sup> Aktenstücke, S. 16.

<sup>5)</sup> Aktenstücke, S. 18.

<sup>6)</sup> Aktenstücke, S. 1.

<sup>7)</sup> Das Telegramm im Archive des Wiener Auswärtigen Amtes.

<sup>8)</sup> Dies kann aus dem Vortrag Tizsas am 7. Juli im gemeinsamen Ministerrate festgestellt werden.

<sup>9)</sup> Berichte des österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin vom 5. und 6. Juli. Aktenstücke, S. 21—23.

<sup>10)</sup> Das Telegramm im Archiv des Auswärtigen Amtes.

<sup>11)</sup> Diese Stelle finden wir nicht in dem Text seines Vortrages, das im Protokoll des Ministerrates reproduziert ist. Aber es berufen sich darauf der österreichische Ministerpräsident und der gemeinsame Minister in demselben Ministerrate in ihren Reflexionen.

<sup>12)</sup> Protokoll des Ministerrates. Aktenstücke, S. 25.

<sup>13)</sup> Vortrag Tizsas. Aktenstücke, S. 41.

<sup>14)</sup> Das am 8. Juli verfaßte Schriftstück führt den Titel „Kräfteverhältnis in einem Kriege gegen Rußland, Serbien,

Rumänien. Nach Angaben des Chefs des Generalstabes.“ Im Kabinettsarchiv.

<sup>15)</sup> Aktenstücke, S. 39.

<sup>16)</sup> Über diese Weisung liegt kein Aktenstück vor; aber daß sie erfolgte, beweisen die späteren Ereignisse.

<sup>17)</sup> Das Protokoll des Ministerrates. Im Kabinettsarchiv.

<sup>18)</sup> Aktenstücke, S. 47.

<sup>19)</sup> Aktenstücke, S. 48.

<sup>20)</sup> Veröffentlicht im „Deutschen Weißbuch“.

<sup>21)</sup> Aktenstücke, S. 53.

<sup>22)</sup> Aktenstücke, S. 59.

<sup>23)</sup> Bericht des Botschafters in Paris vom 18. Juli. Im Archiv des Auswärtigen Amtes.

<sup>24)</sup> Das Protokoll der Ministerkonferenz. Aktenstücke, S. 62.

<sup>25)</sup> Vgl. Fraknói: „Kritische Studien zur Geschichte des Dreibundes.“ S. 112.

<sup>26)</sup> Gooss, S. 210.

<sup>27)</sup> Dieses erwähnt der Reichskanzler in seinem an die Bundesregierungen am 28. Juli gerichteten und im „Deutschen Weißbuch“ veröffentlichten Rundschreiben.

<sup>28)</sup> Protokoll der Ministerkonferenz am 31. Juli. Im Kabinettsarchiv.

<sup>29-31)</sup> Die drei Vorträge im Kabinettsarchiv.

